

Die „Arbeit“ erscheint täglich zweimal, Sonntag und Montag nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen Welt“ und „Der Jugend-Gewinn“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat April 35 — Mk., im voraus zahlbar. Durch die Post bezogen 32.— Mk. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter entgegen. Unter Streitband bezogen für Deutschland, Tschechien, das Saar- und Westgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Jugoslawiens 69.— Mk., für das übrige Ausland 87.— Mk.

Die abendholländische Norddeutsche über deren Mann kostet 12.— Mk., einschließlich Inlandtransport. Kleine Anzeigen: Das letztgedruckte Wort 2,50 Mk., jedes weitere Wort 1,75 Mk., einschließlich Inlandtransport. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3.— Mk., netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das letztgedruckte Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1,50 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Kurt Hiller

ARBEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Von der bürgerlichen zur sozialistischen Demokratie

Die bürgerliche Demokratie beschränkt sich im wesentlichen auf die politische Gleichstellung. Ihre Verteidiger stellen sie als das Ideal der Gleichberechtigung hin. Jeder — ob arm oder reich — hat bei den Wahlen nur eine Stimme, da läme doch der Wille der Bevölkerung unverfälscht zum Ausdruck. In Wirklichkeit sieht die Sache ganz anders aus. Wir haben gewaltige Besitzunterschiede, den Kapitalismus. Wer reich ist, wer die wirtschaftlichen Machtmittel besitzt, wer imstande ist, Zeitungen herauszugeben, kann bei Wahlen einen viel größeren Einfluss ausüben als der Mittellose. Die bürgerliche Demokratie nimmt daran nicht den geringsten Anstoß. Sie läßt das freie Spiel der Kräfte walten, das natürlich zugunsten der Besitzenden entscheidet, die bei den Wahlkämpfen viele Millionen Mark ausgeben können, während die proletarischen Parteien Mühe haben, ihre Zeitungen zu erhalten, und die heute nicht wissen, ob sie nach einigen Jahren überhaupt imstande sein werden, die Blätter erscheinen zu lassen.

Die bürgerliche Demokratie macht dann aber vor den Wirtschaftsbetrieben halt. In ihnen soll der Absolutismus des Unternehmers bestehen bleiben. Auch zu einer Demokratisierung der Staats- und Gemeindeverwaltung will man sich nicht verstehen. Allenfalls will man eine Scheindemokratisierung vornehmen. Eine Demokratisierung der Rechtsprechung ist den Anhängern der bürgerlichen Demokratie erst recht ein Grauel. Und dabei würde doch die Wahl der Richter durch die Bevölkerung dem Wesen der Demokratie entsprechen.

Man sieht also, die bürgerliche Demokratie hat ihre großen Mängel; sie kann insbesondere das emporstrebende Proletariat nicht befriedigen. Die bürgerliche Demokratie ist entstanden auf dem Boden der bürgerlich-kapitalistischen Wirtschaftsordnung. In den Ländern, in denen die kapitalistische Wirtschaft zuerst empor kam, mußte auch das Bürgertum sich vom Absolutismus befreien und sich Anteilnahme an der Regierung, an der Gesetzgebung, an der Verwaltung des Staates und der Gemeinden erkämpfen. Mit dem Erstarken der bürgerlich-kapitalistischen Wirtschaft wuchs auch seine politische Macht, die es schließlich völlig errang, und zwar mit Hilfe der Besitzlosen. Die bürgerliche Demokratie ist aber auch dem Gesetz der Entwicklung unterworfen.

Was einst neu und notwendig war, veraltet und genügt nicht mehr. Es muß der neueren Entwicklung der Wirtschaft und den Bedürfnissen ihrer Träger angepaßt werden.

Und so sehen wir denn, wie das Proletariat mit der bürgerlichen Demokratie nicht mehr auskommen kann. Es verlangt Kontrollrecht, Mitberatung, Mitbestimmung nicht nur auf politischem Gebiete, sondern auch in den großen wirtschaftlichen Betrieben, in den Konzernen, in den Aktiengesellschaften. Hier kann nicht länger der Absolutismus des Besitzenden geduldet werden, weil dabei die wirtschaftlichen Interessen des Proletariats zu kurz kommen. Daher auch das stürmische Verlangen der Arbeiter in Deutschland in den ersten Revolutionsmonaten nach einem gesetzlichen Fundament für die Betriebsräte. Die Anhänger der bürgerlichen Demokratie wollten keine Zugeständnisse machen, schließlich mußten sie doch nachgeben. Sie haben wohl nur dürftige Rechte gewährt, aber völlig konnten sie die berechtigten Forderungen des Proletariats nicht ignorieren. Neuerdings ist auch im Reichsmietengesetz den Mietern ein bescheidenes Mitberatungsrecht zugestanden worden. Hier sehen wir die Anfänge einer sozialistischen Demokratie. Ihr Grundgedanke setzt sich durch, auch wenn die alte Gesellschaft noch soviel Widerstand leistet.

Das Proletariat freilich muß den Gang dieser Entwicklung erkennen: Es muß ihn beschleunigen, indem es für das, was es notwendig braucht, geschlossenen den Kampf aufnimmt. Wir haben aber zu verzeichnen, daß die Zahl der grundsätzlichen Anhänger einer sozialistischen Demokratie nicht groß ist. Noch stehen viele auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie, die sie als allein seligmachend ansehen. Sie ist für uns weiter nichts als ein Mittel zum Zweck, höher hinauf zu kommen zu einer sozialistischen Wirtschaft und Kultur. Deshalb würden wir auch diese Demokratie verteidigen, falls sie von rechts, von der reaktionären Richtung, bedroht werden sollte. Gegenüber dem

Frankreich gefährdet die Genuaer Konferenz

Ausscheiden der Franzosen aus der politischen Kommission?

Sonderbericht des „Jntel“.

Genua, 22. April.

In der heutigen Sitzung der politischen Kommission, die zu der russischen Antwortnote Stellung nehmen sollte, erklärte der französische Vertreter Seydoux, daß durch das russische Memorandum eine neue Situation geschaffen sei. Das Memorandum stehe zu der Note Tschitscherins im Widerspruch. Seydoux erklärte, er könne, bevor er nicht höhere Direktiven seiner Regierung erhalten habe, an den Arbeiten der Kommission nicht mehr teilnehmen und müsse daher die Sitzung verlassen. Der russische Vertreter Natsowski erwiderte, daß das Memorandum die Antwort der russischen Delegation auf das Londoner Memorandum darstelle, während die Note Tschitscherins die Linie kennzeichne, bis zu der die Sowjetregierung Zugeständnisse machen könne.

Barthous Note und die Auffassung der deutschen Delegation

Sonderbericht des „Jntel“.

Genua, 22. April.

Die deutsche Delegation ist der Ansicht, daß die Note Barthous eine besondere Stellungnahme seitens Deutschlands nicht notwendig mache. Man weiß darauf hin, daß die deutsche Antwort vor ihrer Ausendung Lloyd George und den neutralen Mächten bekanntgegeben worden sei, die sie gebilligt hätten. Wenn die Franzosen gegen die Note polemisierten, so polemisierten sie also nur gegen Lloyd George und die Neutralen. Barthous Note sei mehr eine Angelegenheit, die von den Alliierten unter sich ausgetragen werden müsse. Nur insofern hält man die deutsche Delegation an der Note Barthous interessiert, als in dieser eine lägenhafte und verleumderische Darstellung der Vorgänge und des Verhaltens der deutschen Delegation gegeben wird, die geeignet ist, ein weiteres friedliches Zusammenarbeiten auf der Konferenz unmöglich zu machen.

Dr. Rathenau hatte in den Abendstunden eine Unterredung mit dem Außenminister Schanzer, in der er darauf hinwies, daß nach Ansicht der deutschen Delegation die Note Barthous mit ihren verleumderischen Beschuldigungen gegen die Teilnehmer an der Konferenz geeignet sei, die weiteren Arbeiten der Konferenz zu gefährden.

Optimismus der Engländer

Sonderbericht des „Jntel“.

Genua, 22. April.

Lloyd George und andere Mitglieder der englischen Delegation geben auf Fragen über ihre Ansicht zu der Note Barthous der Auffassung Ausdruck, daß der durch den deutsch-russischen Vertrag entstandene Zwischenfall als endgültig erledigt betrachtet werden müsse. Die Engländer tragen einen geradezu ostentativen Opti-

mismus zur Schau. Auch die Vertreter Italiens und der Tschechoslowakei lassen durchblicken, daß sie ihrerseits alles tun werden, um den Krisenzustand zu beseitigen.

Die englischen Delegationen und die Rußlandfragen

CP. Genua, 21. April.

Von der Presseabteilung der englischen Abordnung wird über den Verlauf der heutigen Sitzung der politischen Unter-ausschusses folgendes mitgeteilt: Die Antwort Tschitscherins auf die von den Alliierten gestellten Bedingungen, und die russischen Gegenvorschläge auf das Londoner Memorial der Sachverständigen-Kommission sind wohl auseinandergehalten. Da die Vorschläge der Londoner Sachverständigen für niemand verbindlich sind, hat auch Rußland das Recht, unverbindliche Gegenvorschläge zu machen. Der französische Delegierte Barthou hat bemerkt, daß in der russischen Antwort die Anerkennung von Rechts wegen als Bedingung für die Anerkennung der Schulden angedeutet wird. Die Anerkennung der Schulden müsse getrennt behandelt werden, da Frankreich nicht schon jetzt einer politischen Anerkennung Sowjetrußlands zustimmen kann. Tschitscherin erklärte, die Sowjetregierung betrachte die Grundzüge von Cannes als ein untrennbares Ganzes. Die Anerkennung der Schulden müsse unbedingt zur politischen Anerkennung und zur Bewilligung einer finanziellen Unterstützung der Räterepublik führen. Der britische Vertreter billigte diesen Standpunkt, da man von der Räterepublik nicht verlangen könne, das rechtliche Regime wiederherzustellen. Wenn man sie von Rechts wegen nicht anerkennen wolle, so könne man in drei Stappen vorgehen, von denen die letzte die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen wäre. England sei jetzt bei der zweiten Etappe der Handelsbeziehungen angelangt. Da die russische Antwort einige Punkte enthält, die aufzuklären sind und nicht vorbehaltlos annehmbar erscheinen, ist in der offiziellen Nachmittags-Sitzung des politischen Unter-ausschusses unter Teilnahme Rußlands, aber ohne Deutschland, beschlossen worden, ein Sachverständigen-Komitee zur Prüfung der russischen Antwort aus fünf Vertretern der einladenden Mächte, einem Neutralen (Dolland) und einem Vertreter der Kleinen Entente (Tschechoslowakei) aufzusuchen. Diese Sachverständigen werden die Prüfung der russischen Antwort im Einvernehmen mit den russischen Delegierten vornehmen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Sachverständigenkommission begann ihre Arbeiten am Sonnabend vormittag.

Keine militärischen Abmachungen zwischen Deutschland und Rußland

(W.Z.) Genua, 22. April.

Gegenüber Meldungen englischer Blätter, die unter Abdruck eines angeblichen deutsch-russischen Geheimvertrages behaupten, daß Deutschland und Rußland über den veröffentlichten Vertrag hinausgehende militärische Abmachungen getroffen hätten, wird von deutscher amtlicher Seite wiederholt auf das bestimmteste erklärt, daß solche geheimen Abmachungen nicht existieren, und daß alle Dokumente, die das angeblich beweisen sollen, unverfälschte Fälschungen sind.

Absolutismus, der Sabeldiktatur ist die bürgerliche Demokratie natürlich ein Fortschritt, aber sie muß weiter ausgebaut und den Bedürfnissen des Proletariats angepaßt werden.

Die Betriebsräte haben sich durchgesetzt; kein ernsthafter Mensch kann daran denken, sie zu beseitigen. Das Proletariat muß die Erweiterung ihrer Rechte erkämpfen. Mit den Betriebsräten finden sich heute schon viele aus den Kreisen ab, die vor einigen Jahren von ihnen nichts wissen wollten. So mancher hat einsehen gelernt, daß sie eine notwendige Einrichtung sind. Doch wenn das Gebiet der politischen Mächte erörtert wird, grüßelt's diesen Schichten. Es wird vom Rätemünstern gesprochen, und auch in unseren Reihen schüttelt einer oder der andere bedächtlich sein graues Haupt. Man verweist gern auf Rußland. Dabei wird übersehen, daß hier die sozialistische Demokratie deshalb nicht hat emporkommen können, weil die wirtschaftlichen Voraussetzungen fehlen. Rußland ist auf dem Wege zu einem modern bürgerlich-bäuerlichen Staatswesen auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln. Die kommunistische Diktatur hat bisher versucht, diese Entwicklung zu hemmen. Neuerdings muß sie ihr Konzeptionen machen, weil die ökonomischen Gesetze schließlich doch stärker sind, als die bewaffnete Macht der Kommunisten. Deutschland ist auf dem Wege zu einer sozialistischen Wirtschaft, auch wenn die Besitz-

den sich noch so sehr dagegen stemmen. Deshalb finden wir hier auch die Anfänge einer sozialistischen Demokratie, die sich nicht unterdrücken, nicht austrotten lassen.

Politische Mächte in der kapitalistischen Wirtschaft neben der bürgerlichen Demokratie, neben dem bürgerlichen Parlamentarismus sind unmöglich. Sie mußten daher auch verschwinden, als es nach der Novemberrevolution dem Kapitalismus noch einmal gelang, sich durchzusetzen. Doch wenn das Proletariat einst wirklich im Besitz der politischen Macht ist, wenn eine sozialistische Wirtschaft entstehen wird, werden Gesetzgebung und Verwaltung die Formen annehmen, die sich für die neue Wirtschaft am besten eignen. In diesem Sinne muß zu dem Rätesystem Stellung genommen werden. Der Glaube ist kindlich, als ob man die bürgerliche Demokratie unverändert übernehmen kann, und als ob sie in der neuen Wirtschaft in der alten Form erhalten bleiben wird. Die bürgerliche Demokratie wird sich entwickeln zu einer sozialistischen Demokratie, die allen produktiv Tätigen in allen Fragen der Gesetzgebung, der Verwaltung, der Wirtschaft, der Kultur Mitberatungs- und Mitbestimmungsrecht gewähren wird. Und auf dem Boden der gesellschaftlichen Eigentums, der wirtschaftlichen Gleichheit wird erst eine wirkliche politische und rechtliche Gleichstellung möglich sein. Und das ist die sozialistische Demokratie.

Was die Entente der russischen Delegation antwortet

Genua, 22. April.

Das am 15. April d. J. von Lloyd George der russischen Delegation übergebene Aide-Memoire hat folgenden Inhalt: 1. Die alliierten Regierungen lehnen die Verantwortung für die von den Sowjets erhobenen Ansprüche ab. 2. Mit Rücksicht auf die ernste wirtschaftliche Lage Russlands sind die alliierten Regierungen bereit, die russischen Kriegsschulden in einer gewissen später zu vereinbarenden Höhe abzuschreiben und die aufgelaufenen Zinsen zu ermäßigen. 3. Der Sowjet-Regierung kann in folgenden Punkten nicht entgegengekommen werden:

- a) Hinsichtlich der Schulden und finanziellen Verpflichtungen, die Russland fremden Staatsangehörigen gegenüber hat;
b) Hinsichtlich des Rechtes solcher fremden Staatsangehörigen auf Rückgabe ihres Eigentums oder Schadenersatz für erlittene Schäden aus diesem Eigentum.

Die Leipziger Handelskammer zum deutsch-russischen Vertrag

(WZ.) Genua, 22. April.

Die Handelskammer zu Leipzig hat an den Reichskanzler folgendes Telegramm gerichtet: Die Handelskammer begrüßt den neuen deutsch-russischen Friedensvertrag als eine lang ersehnte Tat von großer politischer und wirtschaftlicher Tragweite. Sie beglückwünscht die Reichsregierung zu diesem Abschluss und erwartet günstiges Fortschreiten auf dem Wege in praktischer Arbeit nach außen wie im Innern zum Wiederaufbau des Vaterlandes.

Die Wirtschaftsfragen in Genua

Minister Schmidts Vorschläge in der Wirtschafts-Kommission.

In der Sitzung des 1. Wirtschaftlichen Unterausschusses erklärte Reichswirtschaftsminister Schmidt für Deutschland: Soweit sich die italienischen Vorschläge gegen das echte Dumping richten, d. h. gegen einen Export zu Preisen, der unter den Herstellungskosten des ausführenden Landes bleibt, erkläre ich hierzu mein Einverständnis. Nur Frage der Aus- und Einfuhrverbote unterstreiche ich, daß Deutschland zurzeit nur solche Ausfuhrverbote noch aufrechterhält, die zur Sicherung seines eigenen Bedarfs an unentbehrlichen Rohstoffen und Materialien unerlässlich sind. Wenn die Verhandlungen ihren Zweck, die handelspolitische Annäherung der Völker zu fördern, erreichen sollen, muß ich jedoch über den Rahmen der bisherigen Erörterungen mit einem Wort hinausgreifen. Die eigentlichen Schwierigkeiten des internationalen Warenverkehrs liegen in den vielfachen als Kriegsfolge eingetretenen neuen Zoll-, Transport- und Währungserschwerungen. Bei aller Achtung vor den neuen staatlichen Souveränitäten darf die natürliche Wirtschaftszusammengehörigkeit größerer Gebiete nicht vernachlässigt werden. Ich möchte daher die Schaffung überstaatlicher Vereinbarungen auf den wichtigsten Gebieten der Wirtschaftspolitik zur Erörterung stellen. In der Schaffung eines einheitlichen internationalen Wirtschaftsrechts sehe ich eine Hauptaufgabe von entscheidender Bedeutung. Der unwürdige Zustand darf nicht länger aufrechterhalten bleiben, daß einige Staaten, voran Deutschland, zur unterschiedslosen Gewährung des Reichsbekanntmachungsgesetzes gezwungen sind, ohne ihrerseits von der Gegenseite die gleiche Begünstigung fordern zu dürfen. Auch in den tarifpolitischen Fragen wird sich ein Weg finden lassen, wenn nur der Grundsatz allgemeiner Gleichberechtigung anerkannt ist. Auch für das internationale Fremdenrecht, insbesondere für das Recht der Niederlassung im Ausland, muß eine einheitliche Regelung gefunden werden.

Sinrichtung

(WZ.) Glogau, 22. April.

Heute Vormittag wurde der wegen dreifachen Mordes vom Schwurgericht in Regensburg zum Tode verurteilte Pawalitz hingerichtet, nachdem das Todesurteil durch den Reichspräsidenten bestätigt worden war. Pawalitz erschoss am 25. August 1930 zwischen Frauhaft und Gubrau den Gastwirt Berger und dessen Wirtsbefehlshaber Pendlar, ferner im Oktober 1930 in Rausch bei Raitzsch den Pferdehändler Rasmann. Die Gleichgültigkeit der Verlegungen führte dazu, daß Pawalitz als Täter aller drei Morde ermittelt wurde.

Das „sichtbare Opfer“ aus der Westentasche

Die Rechtssozialisten, voran natürlich der „Vorwärts“, haben bei Abschluss des Steuerkompromisses viel Aufsehens über die eingeschlossene Zwangsanleihe gemacht und diese gar als das „sichtbare Opfer“ gepriesen. Auch die „oppositionellen“ Blätter der Partei sind daraufhin wie auf Kommando verstummt. Jetzt aber scheinen einige rechtssozialistische Blätter doch nicht länger schweigen zu können. Wenigstens bringt die Chemnitzer „Volkstimme“ in ihrer Nummer vom 20. April einen Artikel, der deutlich der Kassenanmerkung über das von ihrer Partei abgeschlossene Steuerkompromiss Ausdruck gibt. In diesem Artikel klagt das Blatt, daß alle sozialistischen Forderungen niemals wirklicher bekämpft werden konnten, als in den letzten Jahren. Immer habe es die Bourgeoisie verstanden, die Massen durch Schlagworte zu täuschen und kaum habe sich das eine totgelaufen, so sei es sofort durch ein anderes abgelöst worden:

„Die Erfassung der Schwerte“, so schreibt das Blatt, „das verhältnismäßig wirksamste und von Anfang an einträgliche Mittel, eine gewisse Ruhe im Wirtschaftsleben zu schaffen, wurde erdolcht durch das Kreditangebot; als das seine Dienste leisten sollte, kam die Kassenanleihe, die alle möglichen Leute hart und bitter trifft, die prinzipiell den wesentlichen „Eintritt in die Substanz“ darstellt, die eine valutenschädigende Wirkung haben wird und die — und darauf kommt es ja an — doch von der Industrie und Landwirtschaft loszulassen aus der Westentasche bezahlbar werden kann und trotz vorläufiger Sinnlosigkeit, trotz der Monopolstellung der vorerwähnten Mächte, sich glänzend verkaufen wird.“

Auch was das Blatt über die deutsch-volksparteiliche Koalitionsgenossin schreibt, verdient durchaus Beachtung. Es heißt da:

„Man hat viele Bezeichnungen für diese Partei, „Barzel Drehscheibe“, ist die bestbelegte; und die politische Dmte,

die ständige Aenderung der Haltung, rechtfertigt das Scheinbar. Sieht man aber nach den tieferen Gründen, beachtet man den wirtschaftlichen Unterstrom, dann bemerkt man, daß hier konzentrierte Energie, Klarheit, Folgerichtigkeit und unbeirrbarer Jähigkeit am Werke sind. Alle politischen Garantien, die die Deutsche Volkspartei verlangt und im weitestlichen wohl durchgesetzt hat, haben eine wirtschaftliche Tendenz und dienen alle zur Stärkung der Vormachtstellung der Industrie, des Kapitals. Das Streben der Deutschen Volkspartei läuft mehr und mehr darauf hinaus, an die Stelle einer politischen Volksvertretung, wie sie im Reichstag ist, eine Wirtschaftsregierung einzusetzen. Tatsächlich ist das ja zu einem hohen Grade erreicht... Die Unterjochung des Volkes unter einige Industrieherren und Trusts ist das mit bewundernswürdiger Energie und hervorragender taktischem Können verfolgte Ziel, dem man von Tag zu Tag durch die Günst und unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Not näher rückt. Nur eine kleine Spanne noch und die Berliner Nebenregierung ist ausgetastet. Schon holt man zum letzten Schlag aus, schon beginnt die Beeinflussung durch die Stinnes-Presse, und zwar mit der Rücksichtslosigkeit, die diesen Herrscher auszeichnet.“

Damit sagt das rechtssozialistische Blatt nichts neues. Seine Kennzeichnung der „Volkspartei“ enthält vielmehr eine alte Wahrheit, die aber nur voll ausgesprochen wird, wenn man auch erwähnt, daß die SPD. in Görlich diesen politischen Absichten unserer Großindustriellen in für sie denkbar glücklichster Weise entgegengearbeitet hat.

Kommunistische Illusionen

Im Reichstage haben die Kommunisten trotz mancher Bedenken für das Reichsmietengesetz gestimmt. In der „Roten Fahne“ (Nummer 188) läßt aber Otto Thomas in einem Artikel sein gutes Haar an dem Gesetz. Er meint am Schluß, er hätte die Argumente der Illusionäre in den Mietervereinen, die das Gesetz als einen Erlaß im Hinblick auf die „Gemeinwirtschaft“ ansehen, untersucht, und er sei zu dem Schluß gekommen, daß es ein Gesetz sei, das den freien ungebundenen Kapitalismus auf dem Grundstücksmarkt wieder erduldlichen soll. Die kommunistischen Reichstagsabgeordneten müssen das Gesetz auch als einen Fortschritt, als einen Erfolg angesehen haben, sonst hätten sie nicht für das Gesetz gestimmt. Sie werden also von ihrem Parteifreund Otto Thomas zu der Gruppe der Illusionäre geworden. Wenn das Gesetz wirklich den freien ungebundenen Kapitalismus auf dem Grundstücksmarkt wieder ermöglichen würde, so wäre es sicher von den Hausagrarern begrüßt worden. Viele haben es aber heftig bekämpft, und sie wollen es sabotieren. Das Reichsmietengesetz erfüllt gewiß noch lange nicht all unsere Wünsche, aber es mußte kommen, um den Verfall der Häuser zu verhindern. Sonst kommt es auf dem Gebiet des Wohnungswesens zu einer noch weit größeren Katastrophe. Werden die notwendigen Reparaturen nicht durchgeführt, so müssen sehr bald viele Häuser von den Mietern verlassen werden. Der Grund und Boden sowie die Wohnhäuser werden aber luxu oder lang doch sozialisiert werden. Wir müssen schon jetzt dafür sorgen, daß wir später nicht Trümmer, statt Wohnungen sozialisieren. Daher haben wir für die Erhaltung der Wohnstätten zu sorgen. Wir müssen nur dafür eintreten, daß die Rechte der Mieter erweitert, und daß wir zu einer wirklichen Gemeinwirtschaft kommen. Die kommunistischen Arbeiter werden dafür mehr Verhandlung haben als Otto Thomas.

Also Hermes klagt!

Dem Genossen Hensel, der die „Freiheit“ im März verantwortunglich zeichnete, ist die Anklage des Ministers Dr. Hermes — 22 große Oktavseiten lang — gestern zugestellt worden. Der Herr Generalstaatsanwalt beim Landgericht I hat sich also hinreichend Zeit gelassen, dieses hochnotpeinliche Verfahren ins Rollen zu bringen, denn — wie aus der Anklageschrift hervorgeht — der erste Klageantrag des Ministers wurde bereits am 9. März d. J. eingereicht. Andere Anträge sind dann gefolgt.

Die Aktion soll, wie es scheint, groß aufgezogen werden. Nach der Anklage sühnt sich nicht nur Dr. Hermes beleidigt, sondern das ganze Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft! Ob das Verfahren auch auf andere Ministerialer erstreckt wird, wissen wir nicht. In der Anklageschrift wird allerdings auf die „Sozialistische Korrespondenz“, die „FVN“ und sonstige Korrespondenzbüros wiederholt Bezug genommen.

Hensel oder die „Freiheit“ sollen den Herrn Minister nicht nur formell, sondern auch dadurch beleidigt haben, daß sie den Sachverhalt falsch darstellten. Und hier kommen wir zu einer sehr interessanten Seite in dieser ganzen Angelegenheit. Die Anklage ist nämlich folgendermaßen aufgebaut: Zunächst werden alle Artikel der „Freiheit“ zitiert, durch die der Minister beleidigt sein will. Alsdann wird „der wahre Sachverhalt“ dargelegt, und zwar zum Teil nach der „Erinnerung des Ministers“, zum Teil nach irgendwelchen anderen Quellen, die der Herr Generalstaatsanwalt in seiner Anklageschrift bisher noch nicht verrät. Hier wird ja wohl die Hauptverhandlung Licht zu schaffen haben.

Besonders interessant aber ist der zweite Teil der Anklageschrift, der von der Zuerkennung an den Wingerverband für Mosel, Saar und Ruwer zu Trier handelt. Er ist nicht nur interessant, sondern geradezu charakteristisch. Es wird hier z. B. ausführlich berichtet über die bekannte Sitzung, die am 18. Dezember 1930 unter der Leitung des Herrn Dr. Hermes im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft stattfand. Wie jedermann weiß, der die Affäre Hermes nicht erst seit gestern und heute verfolgt, hat sich jene Sitzung in der Weise abgespielt, daß zunächst gegen die Absicht des Ministers, den Trierer Verband zu bevorzugen, Widerspruch aus dem Munde einiger höherer Beamten laut wurde. Ueber diesen Widerspruch hinweg hat dann Minister Hermes die Angelegenheit so forciert, daß schließlich die Beförderung der Trierer doch erfolgen konnte. Ueber die Einzelheiten dieser Entwicklung der Angelegenheit schweigt sich die Anklageschrift aus. In ihr heißt es nur: „nach eingehender Erörterung der Sachlage“ sei die Zustimmung erfolgt, es wird also so dargestellt, als sei man von vornherein ein Herz und eine Seele gewesen und habe sich vor der Beschlussfassung nur ein wenig ausgesprochen.

Jedenfalls bekamen die Herren von Trier ihre 4000 Doppelzentner Zuder. Dinterher konnte man nicht gut anders als auch anderen Wingerverbänden Zuder zugeweißen, eine Tatsache, die allenfalls für die Klugheit des Herrn Dr. Hermes spricht, nicht jedoch — wie die Anklage

es darzustellen beabsichtigt — dafür, daß dem Trierer Verband seine Extrawurst gebraten worden sei

Auch sonst bietet das Studium dieser Anklageschrift, die offiziell contra Hensel lautet, mancherlei. Wer der eigentlichen Angeklagte und Schuldige ist, das wird der Prozeß selbst ergeben. Besonders wichtig dürfte es auch sein, in diesen Verhandlungen vor dem Landgericht I zu Berlin sich zu unterhalten über des Herrn Dr. Hermes eigenartige Auffassung in mancher anderen Beziehung. So erzählt die Anklageschrift z. B., um Hermes zu „bedenken“: Die Kommunalverbände haben bei der Zuckerverteilung versagt. Was geschah hierauf? Der Herr Minister verfügte, daß im Sommer 1931 einfach der Deutsche Weinbauverband „unter grundsätzlicher Aufsicht der Landesregierungen“ die Verteilung des Zuckers übernehmen bekam.

Herr Dr. Hermes hat's gut. Nach der ganzen Anlage dieser in mehr als einer Beziehung überaus merkwürdigen Anklageschrift wird er es in seiner Eigenschaft als Nebenkläger gar nicht nötig haben, sich mit einem Anwalt zu versehen, denn einen wärmeren Vertreter als diesen Herrn Generalstaatsanwalt beim Landgericht I kann man sich überhaupt nicht denken. Es soll sonst im Leben zweifellos vorkommen, daß ein Verteidiger von der Unschuld desjenigen, den er vor Gericht zu vertreten hat, selbst nicht restlos überzeugt ist. Im vorliegenden Falle geht der Generalstaatsanwalt mit Herrn Dr. Hermes, den wir angeklagt haben, durch dick und dünn. Für ihn ist Genosse Hensel bereits verurteilt.

Als Zeugen sind in der Anklage benannt Dr. Hermes selbst und 5 Beamte aus seinem Ministerium. Ferner drei andere Herren, darunter der Generalsekretär des Wingerverbandes für Mosel, Saar, Ruwer in Trier.

Wir haben sechs Wochen Geduld gehabt. Wir können uns auch bis zur Verhandlung gegen Genossen Hensel in Geduld fassen. Und wir werden bis dahin wohl erheblich ruhiger schlafen als Herr Dr. Hermes.

Die USPD. Gegnerin der Koalitionspolitik

Genosse Ledebour schreibt uns: Meine Darlegung der Stellungnahme der USPD. zur Koalitionspolitik wird gleichzeitig vom „Vorwärts“ wie von der „Roten Fahne“ beanstandet. Sie begegnen sich zunächst darin, daß ich mich nicht vollkommen klar gegen die Koalitionspolitik ausgesprochen hätte. In einer zweiten Notiz im Abendblatt wendet sich aber dann die „Rote Fahne“ gegen den „Vorwärts“ mit den Worten:

„Nun ist es ganz klar, daß Ledebours ganzer Artikel eine einseitige Polemik gegen die Koalitionspolitik ist, und daß der „Vorwärts“ mit seiner Zitterkunst ein Fälschungsmanöver begeht. Das kommt aber davon, weil Ledebour nur mit Jutentunfugigkeiten gegen die Koalitionspolitik auftritt, und weil er sich bemüht, das ganz unklare Leipziger Manifest durch seine Fiktion zu einem klaren Programm umzuwandeln.“

Weshalb habe ich denn eigentlich das Leipziger Manifest zitiert?

Weil einige Parteigenossen beharrlich den Versuch machen, aus dem Leipziger Manifest die Zulässigkeit einer Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien für uns herauszuweisen. So z. B. noch jüngst der Genosse Hans Bloch in der „Leipziger Volkszeitung“. Um diesen irreführenden Deutungsversuchen entgegenzutreten, mußte ich selbstverständlich die entscheidenden Gegenbeweise aus dem Manifest zitiieren.

Wenn ich ferner darauf hingewiesen habe, daß man hypothetische Zukunftsfragen kurzerhand, ohne sie zu beantworten, beiseite schieben muß, so geschah das eben, um solchen Verwirrungsversuchen ein für allemal das Wasser abzugraben. Die Zurückweisung hypothetischer Zukunftsfragen ist nicht etwa ein Argument, das ich für diesen Fall mir nutzbar gemacht habe, sondern das ich bei jeder Gelegenheit allen solchen Versuchen entgegensetze. So habe ich z. B. auf dem französischen Parteikongress in Paris, die Frage, was ich denn etwa tun würde, wenn die Kommunisten eine Einladung zu einer gemeinsamen internationalen Konferenz und zur gemeinsamen internationalen Aktion ablehnen würden, auch damit beantwortet, daß ich darauf nicht Antwort geben würde, wenn der Fall wirklich eintreten sollte.

Was sich jüngst in Berlin abgespielt hat, liefert sowohl dem „Vorwärts“ wie der „Roten Fahne“ hoffentlich einen klaren Beweis dafür, wie richtig es ist, solche hypothetischen Verwirrungsfragen immer mit Nichtbeantwortung zu erledigen. Denn es kommt immer anders, als die hypothetischen Fragesteller mit ihren Verwirrungsversuchen sich die Frage kontrieren. Um im übrigen den Deutungsversuchen der „Roten Fahne“ sowohl wie des „Vorwärts“ ein für allemal ein Ende zu machen, erkläre ich: Das Leipziger Manifest verbietet ausdrücklich der Unabhängigen Sozialdemokratie, einer Vorkämpferin der Einigung des Proletariats im revolutionären Klassenkampf, jede Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien.

Deutsche Recken

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ hatten die Nachricht gebracht, daß Rapp bei seinem Eintreffen in Saßnitz den ihn in Empfang nehmenden Kriminalrat gefragt habe, ob auch Lüttwisch schon in Deutschland eingetroffen sei. Diese Meldung ist selbstverständlich unrichtig. Der Rapp kennt seine Pappenheimer schon, und er hat sie lieber gleich aufgefordert, sich nicht zu stellen, sondern ihm allein den Prozeß vor dem Reichsgericht zu überlassen. Lüttwisch hat zwar nach dem Rapp-Putsch sein Ehrenwort gegeben, nicht auszureißen, aber von solchen Reinigkeiten spricht man unter Ehrenmännern nicht.

Die „Tägliche Rundschau“, die über Rapps Alleinauf-treten „von zuverlässiger, ihm nahestehender Seite“ unterrichtet ist, teilt leider nicht mit, ob Rapp aus seiner „Unter-suchungshaft“ an seine tapferen Freunde geschrieben hat. Ein-staunlich wäre es ja weiter nicht.

Von der Rheinlandkommission wurde die Verbreitung der in Mannheim erscheinenden „Neuen Badischen Landeszeitung“ auf die Dauer von drei Monaten und des in Essen herausgegebenen Blattes „Das Freie Wort“ auf die Dauer von einem Monat im besetzten Gebiet verboten.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und die Post erfolgt in der Woche vom 24. bis 30. d. Mts. unverändert wie in der Vorwoche zum Preise von 1200 M. für ein Kwanziamarkstück, 600 M. für ein Zehnmarkstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

Der amerikanische Vorkämpfer Honahon überreichte am Sonnabend dem Reichspräsidenten Ebert sein Beglaubigungsschreiben, wobei die bei solchen Anlässen üblichen Reden gehalten wurden.

Die Demokraten gegen das Streikrecht der Beamten

Der Demokratische Reichsbeamtenausschuss hatte die Vertreter der demokratischen Beamten zu einer Sitzung nach Berlin eingeladen, wo sie am Sonnabend im Reichstag tagten. Reichsminister a. D. Koch hielt einen Vortrag über das Thema: „Demokratische Partei und Beamtenstreik“. Er kritisierte zuerst die Gehaltspolitik der Regierung gegenüber den Beamten, wies dann auf das reaktionäre höhere Beamtentum hin, das bekanntlich fest im Sattel sitzt und diktatorisch gegenüber den unteren Beamten auftritt. Die Demokraten reden wohl gelegentlich über die reaktionären höheren Beamten, aber sie unternehmen nichts gegen sie. Im Gegenteil. In den Stadtverwaltungen fügen sie zum Teil dies reaktionäre höhere Beamtentum. Hier möchten sie am liebsten die alten Reste der Dreiklassenherrschaft verewigen. Herr Koch lehnte das Streikrecht für die Beamten ab; auch verurteilte er den Eisenbahnerstreik „aufs Schärfste“. Der großen Masse der Beamten will er noch den Anspruch auf — Amnestie zubilligen, die Führer, die Urheber des Streiks aber sollen bestraft werden! Dies Recht dürfte sich der Staat nicht nehmen lassen.

Die Beamten wissen also, woran sie sind. In der Verfassung sind ihre Rechte niedergelegt. Doch wehe, wenn sie von ihnen Gebrauch machen. Dann wirft der Staat ihre Führer aufs Straßenpflaster. Und dafür ist die Demokratische Partei. Die Beamten sollen weiter geduldig und gehorsam sein, denen man ab und zu einen Happen zuwirft, wenn ihre Not gar zu groß ist. So will es die Deutsche Demokratische Partei. Die Beamten werden sich das hoffentlich merken.

„Ueber alle Verträge hinweggeföhrt“

Wir haben am Sonnabend im Artikel über die Stellung der Regierungen zur Kartoffelversorgung betont, die Lieferungsverträge würden, selbst wenn sie zum Abschluss kommen sollten, von den Agrariern nicht gehalten. Die „Germania“ muß in ihrer Nummer 268 bestätigen, daß die Landwirte sich an die Verträge nicht gehalten haben. Ihr wird u. a. zur Kartoffelversorgung geschrieben:

„Allerdings muß darauf hingewiesen werden, daß seitens der Landwirtschaft in diesem Jahr eine Innehaltung der Lieferungsverträge unbedingt notwendig ist. Die Landwirte haben vielfach im letzten Winter sich über alle Verträge hinweggeföhrt und erklärt, daß die Geldwertung ihnen die Innehaltung eingegangener Verpflichtungen unmöglich macht.“

Den Regierungen dürfte das auch bekannt sein. Trotzdem sind sie auf die „Lieferungsverträge“ zurückgekommen, weil sie die Kartoffelumlage nicht wollen. Man will eben den Agrariern das letzte Geldstück nicht verderben. Aus diesen Gründen haben die Regierungen sich für — die „Lieferungsverträge“ erklärt. Wir glauben aber, daß in dieser Frage das letzte Wort noch nicht gesprochen wird. Zunächst werden die Verbraucher der Regierung ihre Meinung zu sagen haben, und zwar deutlich.

Der 1. Mai und die Reichsbeamten

Für den Dienst bei den Reichsbehörden am 1. Mai hat die Reichsregierung folgende Regelung getroffen: Angestellte und Arbeiter, welche zwecks Teilnahme an einer Feier am 1. Mai dem Dienst oder der Arbeit fernbleiben wollen, haben rechtzeitig bei ihrem Dienstvorgesetzten um Befreiung vom Dienst nachzusuchen. Solchen Anträgen ist grundsätzlich insoweit zu entsprechen, als dadurch die notwendige Fortführung des Dienstbetriebes nicht in Frage gestellt wird. Bei der Entscheidung über derartige Gesuche soll nicht engherzig verfahren werden. Die hiernach beantragte und bewilligte Freizeit ist bei Beamten und Angestellten auf den Erholungsurlaub anzurechnen. Das Gleiche kann auf Wunsch bei Arbeitern geschehen. Wird von den Arbeitern nicht ausdrücklich um Anrechnung auf den Erholungsurlaub nachgesucht, so wird gemäß § 8 Ziffer 3 des Lohnarbeitsvertrages für die Dauer der Arbeitsverhinderung Lohn nicht gewährt.

In den Ländern, in denen der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag landesrechtlich anerkannt ist, ist auch bei den Reichsbehörden auf die Landesgesetzgebung Rücksicht zu nehmen.

Diese Regelung ist keineswegs eine zufriedenstellende. Nicht nur weil den 1. Mai feiernden Beamten die Freizeit auf den Urlaub angerechnet werden soll, sondern weil auch die Bestimmungen, wonach den Anträgen auf Beteiligung an den Festen nur insoweit entsprechen werden soll, als dadurch die Fortführung des Dienstbetriebes nicht in Frage gestellt wird, den Schikanen und Auslegungslässigkeiten gewisser Vorgesetzten weitester Spielraum gelassen wird.

Kulturgemeinschaft proletarischer Freidenker

Aus proletarischen Freidenkertreffen wird uns geschrieben:

Die proletarische Freidenkerbewegung, die seit der Revolution in Deutschland sich so außerordentlich schnell entwickelt hat, daß sie nicht im Rahmen einer einheitlichen Organisation vor sich gehen könnte, hat in den Ostertagen einen bemerkenswerten Schritt zur Einheitsfront vollzogen.

Auf Einladung des Zentralverbandes proletarischer Freidenker Deutschlands kamen am 2. Ostertage in Leipzig im Volkshaus die Vertreter der größeren proletarischen Freidenkerorganisationen, so des Verbandes proletarischer Freidenker-Gotha, der ostthüringischen Arbeitsgemeinschaft, die Gewa. der freireligiösen Gemeinde-Berlin, des Freidenkerbundes-Essen usw. zusammen, um über die grundsätzliche Einstellung des proletarischen Freidenkertums und über die Möglichkeit einer organisatorischen Einheitsfront zu beraten. Während ursprünglich in der Freidenkerbewegung Bürgerliche und Proletarier zusammen arbeiteten, wurde 1908 zu Ehren der Zentralverband proletarischer Freidenker zu Deutschland gegründet und damit der Boden für proletarische Freidenkerbewegungen geschaffen. Wie in anderen Bewegungen (Arbeiter-Sport- und Wanderbewegungen) macht sich immerhin noch der Einfluss und die Arbeitsart der kapitalistischen Kultur geltend. In dem Referat von Genossen

Krische über „Die grundsätzliche Einstellung des proletarischen Freidenkertums“ wurden die programmatischen Grundsätze festgelegt, nach denen, entsprechend der gegenwärtigen Lage die Arbeit des proletarischen Freidenkertums sich zu vollziehen hat.

Die vom Referenten vertretenen programmatischen Forderungen wurden einstimmig genehmigt. Eine Kommission wurde gewählt, welche Namen, Zweck und Grundsätze der neu zu begründenden Einheitsorganisation zu beraten hatte, deren Arbeit am 3. Ostertage genehmigt wurde. Danach wurde für die neue Organisation der Name „Kulturgemeinschaft proletarischer Freidenker“ vorgeschlagen und eine zu Himmelfahrt nach Cassel einberufene Generalversammlung des Zentralverbandes wird eine Schaffung der Einheitsorganisation endgültig vornehmen im Anschluss an das Referat von Genossen Krische über die einheitliche auf soziologischer Einstellung beruhende proletarische Freidenkerbewegung.

Gleichzeitig wurde auf der Leipziger Ostertage, auf der führende proletarische Freidenker aus Deutsch-Oesterreich, der Tschecho-Slowakei, Frankreich vertreten waren, die Schaffung einer proletarischen Freidenkerinternationale ins Auge gefasst, über die Genosse Wolf-Dresden referierte. Ein Vertreter des russischen Proletkultes regte die Schaffung eines, alle proletarische Kulturarbeit umfassenden Programms an und es wurde beschlossen, die Genossen Krische und Schäfer zu beauftragen, in Verbindung mit den Vertretern der proletarischen Sport-, Wander-, Theaterbewegung usw. die Vorarbeit für die Ausarbeitung eines Programms zu übernehmen. Geplant ist die Schaffung einer einheitlichen proletarischen Kulturinternationale, die kulturelle Einheitsfront in den Ländern und auf der Welt.

Parteilgenossen und Genossinnen!

Der 1. Mai

gilt der Befundung der Solidarität des internationalen Proletariats.

Die würdigste Form der Feier ist

die Arbeitsruhe.

Am 1. Mai müssen deshalb die Arbeitsplätze verödet sein. Die Arbeiterschaft demonstriert vormittags um 11 Uhr

im Lustgarten

Gegen die Reaktion.

Für den Weltfrieden.

Für die Verteidigung des Achtstundentages.

Für die politischen und sozialen Grundrechte.

Für die zehn Punkte des ADGB. und der IFA.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg USPD.

Friedensorganisationen an den Gewerkschaftskongress

Fünfzehn deutsche Friedensorganisationen, darunter der Bund Neues Vaterland, die Internationale Frauen-Liga für Frieden und Freiheit, der Bund der Kriegsblinden, haben an den in Rom tagenden internationalen Gewerkschaftskongress eine Delegation geschickt, in der es unter anderem heißt: Die Organisationen des deutschen Friedenspartei erblicken im internationalen Gewerkschaftsbund mit seinen 24 Millionen Mitgliedern eine Grochwacht der Zukunft, die dem Kriege endgültig ein Ende bereiten kann und sprechen insbesondere ihre lebhafteste Sympathie für die klar ausgesprochene Absicht aus, im Falle einer drohenden Kriegsgefahr den Generalkongress zu proklamieren.

Prozessierung der Sozialrevolutionäre als Mörder Mirbachs?

Reval, 21. April.

Die seit einem Jahr inhaftierten Führer des linken Flügels der Partei der Sozialisten-Revolutionäre Kamelow, Krutowski und Majorow werden sich, wie aus Moskau gemeldet wird, vor dem Revolutionstribunal wegen Anstiftung zur Ermordung des ehemaligen deutschen Gesandten in Moskau, Grafen Mirbach, zu verantworten haben. Der eigentliche Mörder des Grafen Mirbach, Biljumin, befindet sich auf freiem Fuß.

Wir geben diese Nachricht einer Agentur nur darum wieder, weil sie gleichzeitig auch noch von anderer Seite gemeldet wird. Bevor eine Bestätigung nicht vorliegt, sind wir nicht in der Lage, den Bolschewiki eine derartig herausfordernde Dummheit zuzutrauen, die nicht einmal auf die deutsche Bourgeoise Eindruck machen könnte.

Das erdolchte Gedächtnis

Die „Deutsche Tageszeitung“ wärmt in ihrem Beitrag von Sonnabend abend zum tausendsten Male das Märchen von der „erdolchten Front“ auf. Es ist überflüssig, noch einmal die Propaganda-Lügen zu widerlegen, an die längst kein ehrlicher Mensch mehr glauben kann. Aber eine Stelle dieses Artikels verdient doch hervorgehoben zu werden. Das Blatt schreibt:

„Das die Erfassungsmöglichkeit an Mannschaften anlangt, so hat bekanntlich der Kriegsminister im Oktober 1918 sich erboten, für den Koffal noch einen einmaligen starken Nachschub von 600 000 Mann zu beschaffen. Herr Röster behauptet, diese Zahl sei nur „unter Heranziehung der Jüngsten und Kleinsten, der Schwächsten und aller notdürftig Geheilt“ zustande gekommen. In Wirklichkeit setzten sich

diese 600 000 Mann vor allem aus dem Jahrgange 1900 (250 000 Mann), aus Zurückgestellten in der Kriegswirtschaft (fast 100 000) und aus den nochmals aus Befahrung und Etappe „ausgefämmten“ Mannschaften zusammen. Auch ohne Heranziehung aus der Kriegsindustrie, die im Hinblick auf die großen Reserven an Heeresgerät aber durchaus möglich war, konnten wir also über 500 000 neue Mannschaften der Front zuföhren, darunter zur vollen Hälfte einen noch wesentlich unangegriffenen neuen Jahrgang.“

Das heißt die Unverfrorenheit denn doch ein bißchen gar zu weit treiben. Also die 1918 noch nicht wie Lämmer „ausgefämmten“ Mannschaften, besonders die siebzehn- und achtzehnjährigen, waren noch „wesentlich unangegriffen“? Es gab keine Unterernährung, gab keine Verwundeten und Kranken, die immer von neuem an die Front geschickt wurden, sondern das deutsche Volk war noch ebenso kräftig und lebensfrisch wie die Lügen der „Deutschen Tageszeitung“. Das darf in Deutschland geschrieben werden, vier Jahre nach dem Weltkrieg. Und unter der Erde liegen zwei Millionen Männer.

Bevorstehende Königsproklamation in Ungarn?

Die Reichspresse gibt eine Meldung wieder, der zufolge zwischen dem Reichsverweser Dorth und dem Führer der Legitimisten, Grafen Andrasfi ein Kompromiß auf folgender Grundlage zustande gekommen sein soll. Die Regierung Dorth ist verpflichtet, die diplomatische Situation für die Anerkennung des Kronprinzen Otto, des ältesten Sohnes des verstorbenen Kaisers Karl, als König von Ungarn vorzubereiten. Otto soll zum König ausgerufen und bis zu seiner fröheit in acht Jahren möglichen Thronbesteigung durch den Reichsverweser bevormundet werden. Im Zusammenhange damit ist der gegen den Grafen Andrasfi wegen dessen Mitwirkung bei dem letzten Putschversuch Karls angehängte Hochverratsprozess niedergeschlagen worden.

Wahlkampf unter Horthy-Zensur

(U. A.) Budapest, 21. April 1922.

Der Innenminister hat durch Verordnung das Verbot der Wahlversammlungen bis zum 30. April verlängert und gleichzeitig angeordnet, daß alle Wahlplakate unter Zensur gestellt werden. Die oppositionellen Parteien erheben Protest gegen diese Maßnahmen, in denen sie eine Benachteiligung ihrer Agitationsfreiheit erblicken. Ferner beschwerten sie sich darüber, daß die Regierungsorgane in unzulässiger Weise die Wahlvorbereitungen beeinflussen. In den Wählerlisten sollen in Budapest allein Tausende von Namen ausgefallen worden sein. In der Provinz gehen bewaffnete Truppen von Dorf zu Dorf, um die Bauern durch Drohungen und Versprechungen einzuschüchtern. All diese Mittel sollen dazu dienen, ein der Regierung günstiges Wahlergebnis herbeizuföhren.

Nationaler Protest

Bekanntlich haben die Wulle-Teute, die Bruhn, Wumm und Genossen, die Regierung angefragt, warum man nach Genua so viele Juden geschickt, obwohl sie nur 1 Prozent des deutschen Volkes ausmachen!

Was haben diese Juden: — Hände weg! —

Den deutschen Karren aus dem Dreck zu ziehen? Denn uns gehört der Karren, uns der Dreck, Wir stehen ihn hinein mit viel Bemühen.

Doch seht, die Schöpfer dieser deutschen Not, Bagt man mit kühler Geste auszusprechen, Und über Deutschlands Leben oder Tod Läßt man in Genua die Juden walten!

Wer ob der großen Schmach sich nicht empört, Der ist doch mindestens gar sehr verwundert: Denn Juden gibt's im Reiche, wie man hört, Nur ein Prozent, Herr Kanzler, ein's von Hundert.

Wenn die Regierung diese Minderzahl Mit uns prozentualiter vergliche, So käme ohne Zweifel nicht einmal Ein halber Jude auf zehn Heffertel!

Wann endlich kommt dem Volke der Verstand, Die Politik mit unserm Raß zu messen? Will's um den Dienst fürs teure Vaterland, So soll man die Prozente nicht vergessen!!



Sanatogen

das altbewährte, durch mehr als 22000 ärztliche Gutachten anerkannte

Körperkräftigungs- und Nervennährmittel

von höchstem Nährwert und leichtester Verdaulichkeit.

Druckschrift über Sanatogen als

Kräftigungsmittel

für Herren, Damen, Kinder, Jugendliche, Kranke, Genesende, Sportler, Reisende, Seefahrer, Soldaten, Arbeiter, Beamte, Studenten, Geschäftsleute, etc.

auf Wunsch kostenlos und postfrei durch Bauer & Cie., Berlin SW 48, Friedrichstr. 231.

Sanatogen ist in bekannter Güte in allen Apotheken und Drogerien erhältlich.

Meinungsfreiheit in Rußland

Geschildert von einem russischen Kommunisten.

Im letzten Sommer hat in Rußland eine interessante Auseinandersetzung zwischen Lenin und einem russischen Proletarier stattgefunden über die Zustände unter der kommunistischen Herrschaft und besonders über die Frage der Meinungsfreiheit. Der kommunistische Proletarier Masnikow hat in Thesen und Artikeln seine Meinung darüber geäußert, Lenin hat ihm geantwortet und Masnikow hat darauf nochmals erwidert. Ueber seine Person sagt Masnikow in seiner letzten Erwidmung: „Von den 11 Jahren meiner Parteilichkeit vor 1917 war ich 7 1/2 Jahre in den Gefängnissen und bei der Zwangsarbeit, wobei ich 76 Tage (alles in allem) aus Protest hungerte. Ich wurde schonungslos geschlagen und gefoltert. Die übrigen 3 1/2 Jahre verdingte ich auf der Flucht. Ich floh dreimal aus der Verbannung, aus der Zwangsaussiedlung in Sibirien, nicht auf die Art des Genossen Trotzki, dem es möglich war, Rentiere zu kaufen, nein, ich lief „wie ein Gase“ und nicht ins Ausland, sondern wieder für die Parteilichkeit nach Rußland.“

Als Masnikow Ende 1920 vom Zentralkomitee der Partei nach Petersburg „abkommandiert“ worden war, fand er dort Zustände, die er mit den Worten schildert: „Als ich nach Petrograd kam, war die Stimmung dort festlich. Alle Zeitungen schrieben, der Schlafende wache auf. Die Petrograder Industrie fange wieder an, aus voller Brust zu atmen usw. Das aber waren Potemkinsche Dörfer. Als ich mich näher zu orientieren suchte, sah ich, nicht ohne Erstaunen, daß Petrograd gar nicht so festlich-rot war. Fabriken und Eisenwerke streikten oft, es fehlte dort an kommunistischen Einflüssen. Die Arbeiter fühlten ihre eigene Macht nicht, sie fühlten die Macht nur durch die mannigfaltigen Mißstände, die den Arbeiter so schmerzhaft treffen. Sie fühlten, daß die Macht existiert, aber daß sie fremd und weit sei. Um etwas von ihr zu erhalten, muß man drücken. Ohne Druck ist nichts zu erhalten. Für alle ausbrechenden Streiks wurden die Menschewiki und Sozialisten-Revolutionäre, diese „böswilligen Agitatoren“, beschuldigt. Um der Umtriebe loszuwerden, verhaftete man sie. Trotzdem hörten die Streiks nicht auf.“

Ueber das Verhältnis zwischen Kommunisten und Parteilosen in den Betrieben schreibt Masnikow: „In Moskau, Petersburg, im Uralgebiete, auf allen Fabriken und Eisenwerken besteht heute ein scharfes Mißtrauen gegenüber den Kommunisten. Sammeln sich die Parteilosen gruppenweise in den Betrieben, so sprechen Menschewiki und Sozialisten-Revolutionäre in ihrer Mitte; sobald man einen sich nähernden Kommunisten sieht, geht man auseinander oder wechselt das Gespräch. Was ist das? Das Ischorski-Eisenwerk verlor während des Streiks aus einer Versammlung alle Kommunisten, darunter auch die dort arbeitenden. Am Vorabend des fast allgemeinen Streiks in Petersburg (vor dem Kronstädter Aufstand) wußten wir nichts davon. Daß der Streik aber vorbereitet und geleitet wurde, das wissen wir wohl. Und doch hatten wir keine Ahnung davon, trotzdem wir in allen Betrieben Kommunisten haben. Was bedeutet das alles? Die Arbeiterklasse hat sich von der kommunistischen Partei durch eine undurchdringliche Mauer abgesondert, so daß die Kommunisten, wie einst die Spigel, nichts wissen können. Die Kommunisten werden von den Arbeitern nicht kommunistische Zellen, sondern kommunistische Schnäpper genannt. Warum? Wo liegt die Ursache? Ihr werdet vielleicht sagen, daß die Arbeiterklasse die kommunistische Partei ungeschuldig bestraft? Daß die Freiheit des Wortes für die Arbeiterklasse stets anerkannt wurde und wird? Ich erkläre — das ist nicht wahr. Die Arbeiterklasse bestraft die kommunistische Partei dafür, daß sie die in den Jahren 1918—20 für die Bourgeoisie ausgearbeiteten Methoden im Jahre 1921 an der Arbeiterklasse anwendet. Dem muß ein Ende gemacht werden.“

Masnikow kommt immer wieder zurück auf die Unterdrückung der Meinungsfreiheit als die Hauptursache der unerträglichen Zustände. Er sagt: „Wir haben die Freiheit des Wortes auf dem Markte, auf dem Bahnhofe, in den Eisenbahnwagen, auf dem Gassen, nicht aber in den Fabriken und Werkstätten, auch nicht auf dem Dorfe. Die Ischeka (die außerordentliche Kommission) überwacht hier scharf vermittelt der Kommunisten das „brave Verhalten“ der Arbeiter und der Bauern. Innerhalb der Partei wird die Freiheit der Meinung aufs schändlichste unterdrückt. Wenn jemand von den Durchschnittsmitgliedern sich erdreistet, eine eigene Meinung zu haben, fangen

alle an, ihn als einen Reher zu betrachten. Man sagt ihm direkt: wäre Ilitsch (Lenin heißt so nach seines Vaters Vornamen) nicht darauf gekommen, wenn so etwas nötig wäre? Du allein bist ja ein Kluger, willst Kluger als alle sein. Ha—ha—ha! Er will Kluger als Ilitsch sein! Das ist die gewöhnliche Argumentation dieser hochgeehrten kommunistischen Brüder.“ „Genosse Sinowjew (Sinowjew) hat mir persönlich in Anwesenheit vieler Genossen, die zu einer Versammlung von drei Bezirken kamen, gesagt: Hören Sie auf zu sprechen, sonst schleichen wir Sie aus der Partei aus. Sie sind ein Sozialist-Revolutionär oder aber ein kranker Mensch... Jeder Versuch, ein kritisches Wort zu sagen, führt dazu, daß man den Wagemutigen in die Liste der Menschewiki oder der Sozialisten-Revolutionäre setzt, mit allen daraus entstehenden Folgen.“

Masnikow schlug vor: „1. Belebung der Arbeiterdelegiertensojets, vor allem ihre Annäherung an das Fabrikleben; 2. Organisation freiwilliger Bauernverbände mit weitgehenden Rechten; 3. Abschaffung der Todesstrafe und Verkündung der Freiheit des Wortes und der Presse, einer solchen Freiheit, die noch nie jemand in der Welt von den Monarchisten bis auf die Anarchisten gesehen hat.“ Darauf hat ihm Lenin geantwortet: „Die Freiheit der Presse in der Sowjet-Republik, die von den bürgerlichen Feinden der ganzen Welt umgeben ist, ist Freiheit der politischen Organisation der Bourgeoisie und ihrer treuesten Diener — der Menschewiki und Sozialisten-Revolutionäre. Lenin wiederholt diesen Gedanken mannigfaltig in seinem Briefe.“ Sie wollen die kommunistische Partei heilen und greifen nach der Arznei, die ihr den sicheren Tod bringt — nicht von ihrer Seite, gewiß, sondern von der Seite der Weltbourgeoisie (Mijuskow, Martow, Tschernow). „Die Weltbourgeoisie ist nicht gestorben, sie lebt. Sie steht da und lauert, sie hat schon Mijuskow in ihren Dienst genommen, dem Tschernow und Martow — teilweise aus Dummheit, teilweise aus Fraktionsbosheit gegen uns, vor allem aber aus der objektiven Logik ihrer kleinbürgerlichen demokratischen Position heraus — mit Treue und Wahrheit dienen.“

Masnikow hat darauf Lenin erwidert: „Sie sagen, ich wolle die Pressefreiheit für die Bourgeoisie; ich aber will die Freiheit für mich, den Proleten, der nie etwas gehabt hat, der 15 Jahre lang in der Partei ist, nicht im Auslande, sondern hier in Rußland... (Hier folgen die eingangs wiedergegebenen Mitteilungen über seine Parteilichkeit.) Darf mir nun ein ganz klein wenig Freiheit, wenn auch nur innerhalb der Partei zugewiesen werden? Oder — sofort adieu, wenn es sich erweist, daß ich mit Ihnen in der Bewertung der Kräfte nicht einverstanden bin? Das ist eine vereinfachte Methode, die Fragen zu lösen.“ „Beschmettert Ihr der Weltbourgeoisie die Badentfischen, dann ist es recht. Das Unglück jedoch ist: Ihr holt auf die Bourgeoisie aus, tresset aber den Arbeiter. Wer wird heute überall am meisten als Konterrevolutionär verhaftet? Arbeiter und Bauern sind es, das ist unbestreitbar.“ „Wißt Ihr denn nicht, daß für ein solches Gespräch, wie ich es führe, Hunderte und Tausende von Proletariern in den Gefängnissen sitzen? Kein einziger Kapitalist sitzt deswegen, da der Kapitalist die Fragen auch nicht stellen wird. Wenn ich frei herumlaufe, so nur deswegen, weil ich 15 Jahre lang Kommunist bin, der seine kommunistischen Anschauungen mit Leiden bezahlt hat. Die Arbeiterklasse kennt mich noch dazu. Wäre es anders, wäre ich ein einfacher Schlosser-Kommunist in einem Eisenwerk gewesen, wo wäre ich jetzt? In den Händen der Ischeka, oder schlimmer noch: man hätte mich „auf der Flucht“ erschossen“, genau so wie ich einst Michael Romanow (den Bruder des Zaren) auf der Flucht erschossen habe oder wie man Rosa Luxemburg und Liebknecht „auf der Flucht“ erschossen hat.“

Diese Verzweckungsklage blieb auch nicht ohne Antwort. Das Zentralkomitee der Russischen kommunistischen Partei trat nun auf den Plan. Am 23. August 1921 wurde von ihm beschlossen: „Die Thesen von Genosse Masnikow sind mit den Parteiinteressen unvereinbar zu erkennen, der Genosse Masnikow wird verpflichtet, mit seinen Thesen nicht an offiziellen Parteiversammlungen aufzutreten.“

Jeder Kommentar unsererseits würde die Wirkung dieser Schilderungen eines russischen kommunistischen Arbeiters über die Parteilustände und die Vergewaltigung der Mei-

nungsfreiheit im russischen Proletariat nur abschwächen. Um das Bild zu vervollständigen, sei lediglich noch mitgeteilt, daß die bolschewistischen Zeitungen kürzlich meldeten, daß Masnikow wegen seiner „geringenden Tätigkeit“ aus der kommunistischen Partei Rußlands ausgeschlossen worden ist.

Worum es geht

Reaktionäre Berliner Blätter schrieben dieser Tage, die Landarbeiterkreise würden von den Verbänden aus politischen Gründen geführt. Worum es eigentlich geht, verrät der „Brandenburgische Landbund“ (Nummer 16) bei der Erörterung des Kampfes im Kreise Ruppin. Er schreibt unter anderem:

„Der Kampf wird also geführt darum, ob in Zukunft in Brandenburg das Tarifprivileg des sozialistischen Landarbeiterversandes, und damit letzten Endes selbstverständlich auch die Einreihung des letzten Landarbeiters in die sozialistische Front, aufrechterhalten und in die Wege geleitet werden soll, oder ob die Landwirte in Brandenburg sich stark genug zeigen werden, die wirtschaftlich gestunten Landarbeiter zu decken und bei sich festzuhalten.“

Die Agrarier sind es, die den Kampf aus politischen Gründen führen. Die gelben Verbände sollen ausschlaggebend auf dem Lande werden, damit der Deutsche Landarbeiterversand und auch der sozialistische Gedanke unterdrückt werden können. In diesem Zweck sollen auch Technische Rothilfe, Schutzpolizei und Militär eingesetzt werden. Wird die Regierung die politischen Geschäfte der deutschen Junker besorgen?

Uebrigens bringt in der Sonnabend-Abendnummer „Der Deutsche“ einen Artikel über den Landarbeiterkreis in Deutsch-Krone, der die Ueberschrift trägt: „Eine gewissenlose Machtprobe des pommerischen Landbundes“. Es heißt in ihm: „Alle friedlichen Verständigungsversuche scheiterten an dem härtern Nachwillen des pommerischen Landbundes“.

Die Junker sind gerichtet. Sie sind es, die den Kampf wollen.

Aus der Partei

Internationale Kundgebung in Dessau

In Dessau fand schon am 19. April eine internationale Kundgebung statt. Die von der U.S.P. einberufene Versammlung wurde auch von Anhängern der K.P.D. zahlreich besucht. Das Referat des Genossen Dr. Rosenfeld-Berlin wurde mit großem Beifall aufgenommen. Auch in Dessau marschiert die Einheitsfront des Proletariats trotz Sabotierung durch die dortige SPD.

Bernau

Die von der U.S.P., K.P.D. und Gewerkschaftspartei einberufene Versammlung war außerordentlich stark besucht von Arbeitern aller Parteien. Trotz der Sabotage der SPD. waren viele SPD-Genossen zur Stelle. Referent war unser Genosse Dr. Freund-Neutöhl, der in passenden Worten den Versammelten den Weg zeigte, den es zu gehen hat. Genosse Freund erntete am Schluß seiner Ausführungen stürmischen Beifall. Der Versammlungsleiter, Genosse Kühne, richtete zum Schluß einen Appell an die Abteilenden, endlich aufzuwachen und mitzuhelfen an dem großen Werk der Befreiung der Arbeiterklasse; mit einem brausenden Hoch auf die Einheitsfront und die Internationale der Tat, schloß der Genosse Kühne die imposante Kundgebung.

Gemeinsame Demonstration in Bentzen.

Am 20. d. Mts. beriefen die drei sozialistischen Parteien Bentzens und Umgegend eine Demonstrations-Versammlung ein, mit dem Thema: „Die Vereinnahmung des Proletariats gegen die Offensive des Kapitals“. Referent war Genosse Müller aus Berlin. Von den Versammelten wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 20. April 1922 tagende Demonstrations-Versammlung der drei sozialistischen Parteien erblüht in der Zerrissenheit der sozialistischen Parteien die größte Schädigung für das Proletariat. Um die kleinen Errungenschaften der Revolution zu erhalten sowie die Angriffe der kapitalistischen Klasse erfolgreich abzuwehren zu können, geloben wir, uns mit allen Kräften für die Einigung des Proletariats einzusetzen, um so der Verwirklichung des Sozialismus schneller näherzukommen.“

dringlich empfohlen bei:

Jogal **Sicht,** **Grippe,**
Rheuma, **Hexenschuss,**
Ischia, **Nervenschmerzen.**

Jogal lindert die Schmerzen und hebt die Hornhaut aus. In allen Apotheken.
Best. 64, 7, Aced, acct. salic. 0400%, Chmn., 1.26%, Lini-m., ad 100 Amyum.

Großes Aufsehen
erregt unsere **Billigkeit!**

Stilller

Turnschuhe
Tennisschuhe
Seglerschuhe
Sandalen
besonders preiswert

Kinder-Spangenschuhe
prima grau und beige Leinen, mit
1a Lederrollen u. Absatz. 08 00
Sowelt Vorrat Gr. 27-33

Kinder-Spangenschuhe
prima Rindbox und Chromleder, gute
Ausführg. ansergewöhnl. 72 00
billig. Gr. 31-35 82, 50, 27-30

Damen-Schnürschuhe
prima Rindbox, Derbyschnitt oder
Rimabee, br. mod. Form. 290 00
halbböh. Absatz. Extra billig

Damen-Spangenschuhe
1a echt Chevrr., eig. neue runde Form,
mit Pompadour-Absatz. 295 00
Besonders preiswert

Damen-Halbschuhe
br. echt Boxkalf, Pumps, kurze mod.
Form, kl. Lederroll, eig. 390 00
Absatz. Sowelt Vorrat

Damen-Schnürschuhe
1a waise Leinen, elegante, runde
moderne Form. Derby-schnitt,
elegante moderne Form. 390 00
schnitt. Extra billig

Herren-Schnürstiefel
1a Rindbox, mit Absatz, Derby-schnitt,
elegante moderne Form. 390 00
Ansergewöhnl. billig

Groß-Berlin

Dampferfahrt

„Ein Vergnügen eigener Art... ist 'ne schöne Dampferfahrt'... schon lange nicht mehr. Ausflüge in die wald- und felsenreiche Berliner Umgebung, ob sie nun zu Lande oder zu Wasser unternommen werden sollen, sind für allerweiteste Kreise immer mehr eine Gedächtnisfrage geworden. Was heute eine ausgedehntere Eintags-Dampferfahrt kostet, dafür konnte man früher bis zum Rhein godeln.

Wißt ihr es noch, wie ihr für ein Fünftelpfennigstück nach Woltersdorf oder dem schönen Seddinsee bei Schmüdow hin- und zurückfahren konntet? Die Stunde der Bewunderung prächtiger Wasser- und Waldgebiete vom Dampfer aus kostete ungefähr einen Nickel, der trotz seiner Kurvrigkeit den Dampferreaktionären erkleckliche Dividenden abwarf. Und was war es für ein hoher Naturgenuss, für zwei Märker in eifriger Fahrt hin und zurück über Königswusterhausen durch die idyllisch-stille Dubrau-Forst fast ein Duzend märklicher Seen zu durchschneiden und bis nach dem wunderschönen Teupitzgebiet vorzudringen! Viel Zeit zum Raufen war nicht. Frisch auf, die Anker gelichtet, Unvergeßlich aber blieb jedem Teilnehmer die Rückfahrt durch die vom Abendsonnenschein wundervoll beleuchteten Seen. So mancher hat diese herrliche Dampferfahrt immer und immer wieder gemacht, bis seiner Natursehnsucht der Teuerungswahnsturm ein Ziel setzte.

Für die Masse der Berliner, die an ihren märklichen Gewässern mit rührender Liebe hängen, ist es mit den Dampferfahrten wohl für lange Zeit vorbei. Die Kosten gerade für die schönsten Fahrten sind für Mittelstands- und Arbeiterfamilien, die Kind und Regel beim Ausflug mitnehmen wollen, unerträglich geworden. Für ein paar Stunden auf dem Dampfer hundert und mehr Mark opfern? Nein — da ist das Papiergeld für den Kochtopf übriger. Schon in den letzten Jahren ließ sich immer deutlicher beobachten, wie in Ausflugslotarien mit Dampferfahrten die Gäste sich in zwei Gruppen teilten: eine kleine, die das Geld lose zu sitzen hat und mit Grandezza den Dampfer bestieg, und eine sehr viel größere, die wehmütig den im Geldbesitz sich glückselig fühlenden nachblickte und mit der damals noch billigen Straßen- oder Vorortbahn den vier Wänden zustrebte.

Trotzdem haben auch die Dampfergesellschaften, obgleich mancher alte Kasten schon seit Jahren von seinem Ankerplatz nicht mehr losgekommen ist, die Konjunktur auszunutzen verstanden. Ihr Publikum hat vollständig gewechselt. Der Dampfer ist das bevorzugte Beförderungsmittel der jungen und alten Leber- und Schieberwelt geworden. Man zahlt ohne Nachen, und wenn es noch einmal soviel kosten würde. Man kneipt Wein und Schnaps schon an Bord und hat für Natursehnsüchtlige kaum ein Auge. Oft erst im Abenddunkel geht es nach jenen zu Repphuben umgewandelten Stätten, wo die Nacht zum Tage gemacht und gleichsam wie auf einem Vulkan gefeiert wird. Es lebe das ungezügeltste Vergnügen — nach uns die Sinsinn! Mit Volksvergüngen hat das nichts mehr zu tun. Es sind sich auslebende Kreise, die den Teufel danach fragen, ob das Volk in Not ist.

Unter den fortgesetzt erhöhten Dampferfahrtpreisen werden in diesem Sommer besonders die Schulen leiden. Wie die Jungen und Mädels schon bei ihren Schulausflügen zu Lande durch die hohen Eisenbahnfahrpreise beschränkt und auf kurze Strecken angewiesen sind, so hat es sich auch bei der „ausgedampften“, die alle lieben durch die allmähliche Verkehrserhöhen am Häusermeer und kommen immer teurer, wenn nicht die Preise noch sehr wanderträchtig sind, nach jener entfernteren Umgebung, die immer am schönsten ist.

Ablieferung der Steuermarken. Das Landesfinanzamt teilt mit: Im Interesse der Steuerzahler und um Unannehmlichkeiten zu vermeiden, wird darauf hingewiesen, daß die Frist für die Ablieferung der Steuermarken aus der Zeit vom 1. April 1921 bis zum 31. Dezember 1921 auf Grund der

öffentlichen Bekanntmachung des Präsidenten des Landesfinanzamts Groß-Berlin mit dem 30. April 1922 abläuft. Es kann nur dringend geraten werden, daß alle diejenigen, die ihre Steuermarken bisher noch nicht bei den mit der Annahme der Marken betrauten Stellen abgeliefert haben, dies unverzüglich nachholen. Hierunter fallen auch alle Beisetzungen, die den Beamten und Angestellten über einbehaltenen Steuerbeträge aus dem Jahre 1921 von ihren Klassen ausgestellt sind. Wer seiner Abgabepflicht nicht genügt, hat Veranlassung und sonstige Weiterungen zu gewärtigen. Auch kann auf Grund des § 202 Reichsabgabenordnung die Ablieferung durch Strafmaßnahmen erzwungen werden.

Der Maulkorb im Stadtparlament

Auch die Geschäftsordnung der Berliner Stadtverordnetenversammlung wird nunmehr in Kürze „verbessert“ sein. Der zur Nachprüfung der Geschäftsordnung eingesetzte Ausschuss hat am Freitag unter dem Vorsitz des Vorsitzers Dr. Caspari getagt und in dritter Lesung den neuen Entwurf der Geschäftsordnung durchberaten. Die bürgerliche Mehrheit des Stadtparlamentes sieht sich durch die starke Opposition der Linken in ihrem „gegenständlichen Wirken“ für die Stadtgemeinde bedroht, und so mußten — nach berühmten Mustern — die Geschäftsordnungsdebatten und stürmischen Szenen der letzten Zeit dazu herhalten, diesen „Liebeshänden“ vorzubeugen.

Der Entwurf sieht für persönliche Bemerkungen und Ausführungen zur Geschäftsordnung fünf Minuten Redezeit vor. Ein Antrag, die Worterteilung zur Geschäftsordnung dem eigenen Ermessen des Vorsitzers zu überlassen, wurde abgelehnt. Für einzelne Gegenstände der Tagesordnung kann die Vollversammlung eine längere Dauer der Reden und der Anzahl der Redner für jede Fraktion festsetzen, wenn es der Mehrheitsentscheid auf Grund eines mit Dreiviertelmehrheit gefassten Beschlusses beantragt. Für den Fall der Überschreitung der Redezeit kann der Vorsitz dem betreffenden Redner nach einmaliger Ermahnung das Wort entziehen. Beschlüsse auf Aenderung der Tagesordnung sollen künftig nur mit Zweidrittelmehrheit gefasst werden dürfen. In derselben Sitzung einen Antrag auf nochmalige Aenderung der Tagesordnung hinsichtlich eines bestimmten Punktes zu stellen, soll unzulässig sein.

Der Ausschuss vertrat sich schließlich, ohne mit der dritten Lesung zustande zu kommen. Es kann nicht wunder nehmen, daß nach dem gleichartigen Vorgehen der bürgerlichen Parteien unter Assistenz der Reichssozialisten im Reichs- und den Landesparlamenten auch im Berliner Rathaus den Reaktionen der Kamm schwillt.

Stadtverordneten Fraktion. Am Dienstag, nachmittags 5 Uhr, findet eine Fraktions Sitzung im Rathaus, Zimmer 109, statt. Erscheinen dringend notwendig.

Sturm in Pichtenberger Kinod. Auch den Kinobesuchern Pichtenbergs sollte der „Friedrichs Rex“ präsentiert werden. Die Vorstellung des Films, der in „P o l e n“ unter dem Titel „Der König der Barbaren“ über die Steinzeit hinführt, erfolgte in den „Praxisalen des Orens“ unter dem Saubere zweier Grünen. Spontane Entrüstung des Publikums beim Antritt der Parodiemarie veranlaßte den Kinobesitzer die Vorführung des Films abbrechen und einen anderen Film „Durch Liebe erlöst“ abrollen zu lassen. Die Sauphatie Verstärkung erhielt. Als diese aufstehend rasch erschienen war, gab es nichts mehr zu ordnen oder zu verbieten, denn auch der „Sozialistenmarsch“, den die Kapelle spielte, war verklungen.

Zusammenlegung von Brotkommissionen. Nächsthende Brotkommissionen werden am 25. d. Mts. zu einer Groß-Brotkommission zusammengefaßt: 18. Brotkommission, Tempelhofer Ufer 2, 20. Brotkommission, Gneisenaustr. 7, 26. Brotkommission, Bergmannstr. 60/65. Die Groß-Brotkommission erhält die Bezeichnung „Kreuzberg XXIV“. Das Geschäftslokal befindet sich Gneisenaustr. 7. Vorsitzender ist Rektor Felgin. Die Eröffnung findet am 26. d. M. statt.

Markenbrot. In der Woche vom 24. bis 30. April 1922 darf Brot und Mehl nur auf die Brotkarte abgegeben und entnommen werden, deren Abhinnte das Stichwort „M o l k e n m a r k t“ tragen. Brot und Mehl auf die Karte mit dem Stichwort „Mollenmarkt“ darf erst von Montag, dem 24. April ab abgegeben und entnommen werden.

Verlängerung der Hochbahn nach dem Westen. Unter dem Wunsch der Einwohner von Weidend auf bessere Verbindung nach der Stadt nachzukommen, wird die Hochbahngesellschaft

voranschließlich schon in nächster Zeit auf Veranlassung des städtischen Verkehrsamtes und nach Rücksprache mit dem Reichskohlenkommissar den Verkehr der Untergrundbahnstrecke nach dem Reichslagerplatz Scharf bis zum Station verlängern.

Eine Erweiterung der Fahrpreismäßigung für hilfsbedürftige Stadtkinder zur Unterbringung auf dem Lande und im Ausland wird mit sofortiger Wirksamkeit zur Durchführung gebracht. Die Altersgrenze der hilfsbedürftigen Kinder, von denen die Fahrpreismäßigung in Anspruch genommen werden darf, wird von 16 auf 17 Jahre erweitert. Neben dieser Erweiterung tritt noch eine weitere Bestimmung in Kraft, nach der die Fahrpreismäßigung nach solchen Orten ausgedehnt sein soll, bei denen ein dem Landantehalt entsprechendes gesundheitförderndes Unterkommen in der Regel nicht gegeben ist (wie Industrie- und Großstädte), soweit es sich nicht um Kur- oder Badorte handelt. Daher muß in Zukunft in den Anträgen neben der Zielstation der Reise auch der Unterkunftsort der Kinder angegeben werden.

Das Gesandnis des Mädchenmörders. Der Leichenfund im Brunwald ist insofern aufklärt, als der verhaftete Hausdiener Max Springer jetzt zugibt, seine Geliebte, die Aufwärterin Elfriede Stahnke, erschossen zu haben. Es soll aber kein Mord, sondern eine Tötung auf eigenes Verlangen sein. Der Verhaftete räumte ein, daß nicht ein Selbstmord vorliege, sondern daß er das Mädchen erschossen habe. Er habe mit ihr einen Spaziergang nach dem Brunwald gemacht. Sie habe wieder wie früher dem Gedanken nachgehungen, aus dem Leben zu scheiden. Er habe ihr geraten, wieder zu ihrer Dienstherrschaft zu gehen, sie habe aber davon nichts wissen wollen, sondern ihn dringend gebeten, sie zu erschießen. Als er sich geweigert habe, sei sie ihm, während er neben ihr kniete, um den Hals gefaßt und habe sie inständig angefleht, es doch zu tun. Endlich habe er ihrem Drängen nicht widerstehen können und ihr den Revolver an die Schläfe gefaßt. Der Schuß habe jedoch verfehlt. Jetzt habe er gesehen, daß sie ängstlich die Augen zugedrückt habe. Das habe ihn veranlaßt, einen neuen Schuß zu verweigern. Aber sie habe dann doch ihr flehentliches Bitten wieder aufgenommen und so sei es zu dem zweiten Schuß gekommen, der losgegangen sei, das Mädchen wäre hingefallen und nach wenigen Minuten gestorben. Es habe wohl geglaubt, daß er sich nach ihrem Tode auch erschließen werde, obgleich sie darüber nicht gesprochen hätten. Er habe diese Absicht gehabt, aber dann den Mut verloren. Daß er der Toten irgend etwas abgenommen habe, bestreitet Springer. Wahrscheinlich ist auch dieses zweite Gesandnis nicht richtig und es liegt doch wohl ein Mord mit Raub vor. Den Revolver will Springer am Arbeitsnachweise einem unbekannten Mann verkauft haben, der die Absicht geäußert habe, Mörder zu werden. Er behauptet immer noch, daß seine Geliebte ihn gefaßt habe. Wahrscheinlicher aber ist, daß er ihn selbst gefaßt hat, um sie zu erschließen.

Neue Diebesbente. Die Berliner Metalldiebe finden immer noch neue Beutestücke. Schon wiederholt stahlen sie Gullandeln von der Straße, Lehnen von Stubenbänken oder auch ganze Bänke. Jetzt haben sie mit den Bräuden angefangen. Die Voerwaldbrüde trug ein Schild, das sie bezeichnet. Dieses bronzene Schild, das als Metall etwa 1000 Mk. wert ist, wurde in der vergangenen Nacht abgebrochen und gestohlen.

Raubüberfall in der Friedrichstraße. Ueberfallen und beraubt wurde in der vergangenen Nacht an der Ecke der Friedrichs- und Dorotheenstrasse ein Ingenieur O. Er trug seine goldene Uhr mit Schlagwerk nebst Kette im Werte von 30000 Mark ein. Die Räuber entkamen.

Arbeiter-Bildungsschule U.S.P.D.

Im zweiten Quartal finden in der Arbeiter-Bildungsschule folgende Kurse statt:

1. Die sozialistischen und ökonomischen Grundlagen des Marxismus. Vortragender: Alexander Stein. Beginn: Donnerstag, den 27. April.
2. Schul- und Erziehungsfragen. Vortragender: Lehrer Adolf Feuser. Beginn: Montag, den 8. Mai.
3. Klassenkampf. Vortragender: Emil Rauh. Beginn: Dienstag, den 9. Mai.
4. Sozialrevolutionäre Philosophie. Vortragender: Dr. Hellmuth Falckenfeld. Beginn: Freitag, den 28. April.

Das Hörgeld beträgt für jeden Kursus 7,50 M. Sämtliche Kurse finden in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8/9 statt und beginnen abends 7 Uhr.

Anmeldungen werden im Büro der Arbeiter-Bildungsschule und im Kursabend angenommen.



Wolsrae

GEGR. 1815 * BERLIN C * KÖNIGSTR. * SPANDAUERSTR.

Damenkleidung

- Sportbluse aus weißem Stoff mit Tasche, halsfrei oder geschlossen zu tragen... 98.-
- Kleid bedruckter Waschtuch 425.-
- Kleid bedruckter Wollmusselin 675.-
- Kleid aus vorzüglichem Wollstoff mit farbiger Stickerei... 975.-
- Mantel aus imprägniertem Covertcoat... 675.-

Damen-Gürtel

- Gürtel Leder-Nachahmung mit farbigem Durchzug... 11.50
- Rindlackgürtel mit Metallschnalle... 39.50
- Perlgürtel schwarz 200 cm... 65.-
- Moderner Kettengürtel mit Stahlverzierung... 165.-

Bettstoffe

- Halbleinen weiß, für Laken 140 cm... Mtr. 107.50
- Rasenbleiche, 160 cm... Mtr. 138.50
- Körper-Inlett glattrot oder rosa-rot gestreift, 82 cm, Mtr. 74.-
- 128 cm, Mtr. 105.-
- Unterbettendrell glattrot oder rosa-rot. Breite 115 cm, Mtr. 130.- 150.-
- Rotkarierte Bezugstoffe 80 cm, Mtr. 39.50 130 cm, Mtr. 65.-

Schürzenstoffe

- Gingham bunt gestreift 88-90 cm 39.50 116-118 cm 49.75 Mtr.
- Blaudruck auf beiden Seiten bedruckt, 105 cm... Mtr. 45.-

Wachstuch-Reste

für Speise- und Küchentische besonders preiswert

Kleiderstoffe

- Wollmusselin bedruckt Reinwolle, 80 cm... Mtr. 95.- 98.-
- Frühjahresschotten hellgründig mit schwarzen und farb. Durchzügen, 105 cm breit... Mtr. 129.-
- Noppenstoffe im englisch. Geschmack für Sport-Kostüme u. Reise-Unter, 130 cm breit... Mtr. 235.-
- Gabardin Reinwolle, in neuen Frühjahrsfarben, 130 cm breit... Mtr. 325.-

Waschstoffe

- Foulardins hübsche Muster im Seidengeschmack... Mtr. 46.-
- Musselin Woll-Nachahmung in sparten Mustern... Mtr. 48.-
- Voll-Voile bedruckt... Mtr. 85.-
- Frotté in neuen Streifenmustern, 105 cm, Mtr. 140.-
- Matrosensatin für Knaben- und Mädchenkleidung, ca. 86 cm, Mtr. 62.-

Aufbewahrung von Pelzwaren

Abholung innerhalb Groß-Berlins kostenfrei

Wirkwaren

- Damen-Strümpfe Seidenflor, fein mit Doppelsohle, schwarz, leder, grau... 78.-
- Herrn-Beinkleider Baumwoll-Trikot, grau, lila, hellblau... Mittelgröße 95.-
- Herrn-Sweater Reinwolle, gestrickt, weiß, Mittelgröße... 482.-
- Damen-Sportjacken (Herrenform) Reinwolle, gestrickt, farb., Mittelgr. 710.-
- Kinder-Trikotkleider Jumper und Faltenrock... Mittelgröße 448.-

Ledertwaren

- Brieftasche schwarz 105.-
- Dunkelbraun, krokodillgenarbt... 148.-
- Besuchstasche goldbraun mit Innenbügel 165.-
- Reisekoffer und -Taschen in großer Auswahl

Die neu erschienene Sommer-Preisliste wird kostenfrei versandt

Gewerkschaftliches

Eine Arbeiterbank in Oesterreich

Unsere Genossen in Oesterreich haben die Mühe, in aller nächster Zeit eine Arbeiterbank ins Leben zu rufen. Ein Kongressgesuch ist bereits überreicht und ein Anfangskapital von 100 Millionen Kronen gezeichnet. Davon entfallen auf die österreichischen Gewerkschaften und die Konsumgenossenschaften je 40 Prozent, während der Rest von verschiedenen sonstigen Arbeiterinstitutionen aufgebracht wurde. Eine interessante Abhandlung über den Wert und Bedeutung der Arbeiterbanken für das Proletariat veröffentlicht der österreichische Genosse Karl Kennor in der österreichischen Zeitschrift „Der Arbeiter“ in Nr. 22 d. J. Da heißt es u. a.:

„Da der Arbeiter nicht Mehrwert erzeugt, kann er auch nicht Mehrwert erproben; da er nicht über die Produktionsmittel verfügt, kann er auf sie keine Kredite nehmen. Der Augenschein widerstreitet also der Annahme, daß Kreditgenossenschaften des Proletariats Aussicht auf Erfolg hätten. Dennoch täuscht dieser Augenblick. In Wahrheit ist jede Arbeiterfamilie durch ihre wirtschaftliche Lage gezwungen, Rücklagen aus dem Lohn zu machen. Der Arbeiter bezieht nur Wochenlohn, aber er hat auch Monats-, Vierteljahrs- und Jahresausgaben zu machen. Außerdem aber hat der Haushalt des Arbeiters im Dienste des Geschlechterwechsels Rücklagen zu machen — die Kinder des Hauses müssen auszubereitet werden, und wenn die Ausländer für den einzelnen neu begründeten Arbeiterhaushalt nur sehr unbedeutende Summen ausmacht, so bedeuten diese Rücklagen in ihrer Masse, für die ganze Arbeiterklasse berechnet, gewaltige Summen. Diese Summen werden heute in bürgerliche Sparkassen, Kreditvereine, Banken usw. eingelegt und liefern den bürgerlichen Klassen zuchtsfähiges Kapital für ihre Unternehmungen und damit neue Waffen im Kampfe gegen die Arbeiterschaft.“

Wir wissen schon, daß das harmlose Wort Sparen in der Regel nichts anderes sagt als die Akkumulation von Mehrwerten, die aus fremder Arbeit stammen. Nichtsdestoweniger ist das Sparen im proletarischen Sinne für die Arbeiterklasse von allergrößter Wichtigkeit. Denn ohne solche Rücklagen kommt jeder proletarische Haushalt bei jeder nächsten Familienkrise in Unordnung oder zur Auflösung und gibt die Familie der Verelendung preis.

Ein zweites Element, das auf die Schaffung einer Kreditorganisation hindrängt, sind bei uns die Gewerkschaften. Sie sammeln Kampf- und Unterstützungsfonds, die an sich eine bedeutende Kapitalmacht darstellen. Zum Teil hinterlegen sie diese Fonds auch in unseren Konsumgenossenschaften und in der Großverkaufsgesellschaft.

Der größere Teil der Gewerkschaftsgelder vermehrt die Kapitalmächte bürgerlicher Banken. Es ist klar, daß Arbeiterkredit-Genossenschaften für Gewerkschaftsfonds ebensowenig eine geeignete Anlagestelle bilden als Konsumvereine. Anders steht die Sache, wenn sämtliche Kreditgenossenschaften zusammengesetzt sind in eine Arbeiterbank, etwa wie die Konsumvereine in der Großverkaufsgesellschaft.

Eine Arbeiterbank, welche die gesamte freie (durch die Konsumbewegung nicht erfasste) Sparkraft des Proletariats eines Landes darstellt... eine Aktiengesellschaft, deren Anteilsscheine zu zwei Fünfteln von der Großverkaufsgesellschaft, zu zwei Fünfteln von den Gewerkschaften (und den Konsumvereinen) und zu einem Fünftel von sonstigen Einrichtungen der Arbeiter gezeichnet werden, welche zugleich die Zentrale aller Kreditgenossenschaften des Landes ist; eine solche Arbeiterbank wird den trübenden Abschlüssen unserer gesamten wirtschaftlichen Organisationen bilden.

Über die innere Geschäftsabwicklung berichtet die „Wiener Arbeiter-Zeitung“, wonach die gezeichneten Aktien im außerordentlichen Besitze der zeichnenden Organisationen bleiben, keine einzige

Aktie gerät in den Besitz irgendeines Privatmannes, jede bleibt im Besitze von Arbeiterorganisationen und alle Arbeiterorganisationen haben an dem Unternehmen verhältnismäßigen Anteil. Damit ist die Arbeiterbank von vornherein unter die Obhut aller wirtschaftlichen Organisationen und Einrichtungen der Klassenbewußten Arbeiterschaft Oesterreichs gestellt, sie alle übernehmen für Bestand und Zukunft ihren angemessenen Teil der Haftung.“

Wir wünschen dem neuen Unternehmen unserer Genossen in Oesterreich vollen Erfolg. Sollte das Experiment nach jeder Richtung hin gelingen, werden wir in Deutschland nicht umhin können, ähnliche Schritte zu wagen, insbesondere dann, wenn ein solches Unternehmen der Gesamtarbeiterschaft zum Vorteil gereicht.

Für Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung

Die Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend hat an den Reichsarbeitsminister eine Eingabe zwecks Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung gerichtet, da die zurzeit geltenden Sätze bei der anhaltend fortschreitenden Verteuerung der Lebenshaltung nicht im entferntesten zum allernotwendigsten Lebensunterhalt ausreichen. Die gegenwärtige Scheinkonjunktur bringt dem Unternehmertum ungeheure Gewinne, dabei droht den in der Reservearmee des Kapitalismus stehenden Arbeitern mit der Zeit gewöhnlicher Unterstützung ein gänzlich Verfallen in Not und Elend. Die Unterstützungsätze den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen anzupassen, um das Los der Erwerbslosen zu erleichtern, ist gebieterische Pflicht. Von den am 1. 3. 22 rund 21000 unterstützten Erwerbslosen entfallen 42000 allein auf Berlin. Die Gewerkschaften haben deshalb ein besonderes Interesse daran, daß für die Erwerbslosen wieder etwas geschieht. Dem Finanzministerium und dem Preussischen Wohlfahrtsministerium sowie dem Berliner Magistrat sind gleichfalls Abschriften zugestellt. In die sozialistischen Fraktionen des Reichstages, des Landtages und der Stadtverordnetenversammlung ist das Ersuchen gerichtet, diese Forderung parlamentarisch zu vertreten, die sich hierfür zweifellos mit aller Entschiedenheit einsetzen werden.

Einigung oder Kampf im Bankgewerbe

Die wir erfahren, hat die Abtrümmung über den gefällten Schiedsspruch für die Verlängerung des Reichsstarifes ergeben, obgleich sie noch nicht völlig beendet ist, daß eine Abkehrung erfolge, wenn nicht durch Nachverhandlungen ein wesentlich besseres Ergebnis, insbesondere in der Gehaltskrenulierung und in der Anrechnung von in anderen kaufmännischen Betrieben verbrachten Berufsjahren erzielt wird. Auch der Verzichtswort für Ueberstunden und das Sperrverbot gegen unsoziale Firmen müssen entschieden abgelehnt werden.

Der gelbe Bankbeamten-Verein läßt obige Nachricht durch Wolffs Telegrammbüro verbreiten, derselbe Verband, der seine Zustimmung zu den inhumanen Bedingungen in der Frage des Sperrverbot und Ueberstundenleistungswortswort gab. Ansehend sieht er jetzt seine unumwälzbare Haltung ein und spielt sich nun als Vorkämpfer für die Bankbeamten auf. Kostäusermethoden!

Zum Mitbestimmungsrecht der städtischen Arbeiter

Unter dem Vorhabe des Oberbürgermeisters Hoch begannen gestern vormittag Besprechungen mit Vertretern der städtischen Arbeiter über das Mitbestimmungsrecht der kommunalen Arbeitnehmer. In den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über den Reichsmanteltarif war dieser Fragenkomplex ausgearbeitet worden, da eine Einigung über diese Fragen im Rahmen der voraufgegangenen Besprechungen nicht möglich erschien. Die jetzigen Verhandlungen über das Mitbestimmungsrecht dürften voraus-

sichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen, und das Ergebnis bleibt von der gegenwärtig stattfindenden Urabstimmung über den Reichsmanteltarif unberührt. Sollte ein Ueberkommen nicht erzielt werden, so müßte erneut ein Schlichtungsausschuß angerufen werden.

Abchluss der Lohnbewegung in den Rein-Kupferhämmerereien. Durch nochmalige Verhandlungen unter Vorsitz des Herrn Dr. Körner vom Demobilisationsamt gelang es, eine Einigung herbeizuführen. Die Lohnausgaben bewegen sich zwischen 3,00 bis 4,50 Mk. pro Stunde. Der tarifliche Mindestlohn beträgt demnach für April 20,50 Mk. pro Stunde. In den nächsten Tagen gelangen die Stimmzettel für die Delegiertenwahl zur Generalversammlung zur Ausgabe. Diese Stimmzettel werden den Vertrauensleuten in der für ihren Betrieb in Frage kommenden Anzahl zugesandt. Sollten Kollegen nicht in den Besitz der Stimmzettel gelangen, so ersuchen wir sie, sich die Stimmzettel vom Verbandsbüro abzuholen.

AdL-Funktionäre! Montag, den 24. April, pünktlich 7 1/2 Uhr Zusammenkunft aller Funktionäre der Metallindustrie in Oaverlands Festsaal, Neue Friedrichstr. 35 (Garten-saal). Wichtige Tagesordnung!

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin; für den Unterdruck und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Hornstein, Berlin. — Verlagsgesellschaft „Freiheit“, S. O. 1. D., Berlin. — Druck von Gleding & Reimer, S. O. 1. D., Berlin, Wilhelmstr. 15.

Erhaltung unserer Kraft und Gesundheit

Der Kalkmangel unserer Nahrung ist die Ursache vieler Schwachzustände. Wissenschaftlich erprobt als zuverlässiges Mittel zur Anreicherung der täglichen Nahrung mit Kalk ist

Kalzan

(Calcium-natrium-lacticum) gekocht durch Deutsches Reichspatent Nr. 297.761 nach Vorchrift der Univ.-Prof. Sauerlich und Loem.

Mehr als tausend ärztliche Autoritäten haben den Wert des Kalzans gutachtlich bezeugt.

Eine ausführende Schrift über die große Wichtigkeit genügenden Kalkgehalts unserer Nahrung, besonders bei Englischer Krankheit (Rachitis) — Skrofule — Hautausschlägen — Rachschweigen — Brust-armut — Ermüdungszuständen — Asthma — Heusieber — chronischem Schnupfen — Alterserscheinungen

für werdende und stillende Mütter, sowie für die Entwicklung und Zahnung der Kinder

versendet auf Wunsch kostenfrei

Johann A. Wülfing

(Schmelzform von Daxer & Co., Sanatogenwerke)

Berlin SW 48, Friedrichstraße 231.

Gratisprobe gegen Einsendung von 2 Mark Porto Kalzan in Packungen zu 90 und 45 Tabletten in jeder Apotheke und Drogerie.

Fahrradgummi

! immer noch billig !!



Neue Laufmängel 33 x 1/2, mit prima Leinwandlage, prima Gummil 120 M.
Stollenreifen 135, 150 M. extra prima, 165, 175 M. 1 Jahr Garantie
Luftschläuche 35, 45 M. extra prima 55, 60 M. 1 Jahr Garantie

Transportreifen, Schlauchreifen, Drahtreifen, Motorradreifen, Autoschläuche, sehr grosse Auswahl.

Neue Fahrräder mit Doppelglockenlager, Freilauf und Riketrillbremse, Schutzblech u Hand-druckbremse, gute Gummibereifung 3200 M.

Jugendräder, Transporträder usw. Fahrradzubehörteile, grösste Auswahl, billigst. Ca. 100 Bootsmotoren, alle Pferdestärken, Automobile aller Gattungen, sehr grosse Auswahl, günstig f. Händler.

Ernst Machnow, grösstes Fahrradhaus Berlins, Hauptgeschäft: Weinmeisterstr. 14

Filiale: Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 46-47.

Möbel

solange der Vorrat reicht, noch zu billigen Preisen gegen bar und Teilzahlung

Bürgerliche Wohnungseing. Wohn-, Schlafzim. Speise-, Herrenzim.

In großer Auswahl Einzelne Möbel Farbige Küchen

Beiser

Lothringers-Str. 67.

Soeben erschien! Soeben erschien!

KARL RADEK

Genau, Die Einheitsfront des Proletariats und Die Kommunistische Internationale

Inhalt: 1. Vor Genua: Der Bankrott des Völkerbundes / Der anglo-französische Gegensatz / Der Tanz auf dem deutschen Vulkan / Der Kampf um den Nahen Osten / Die Lage im Fernen Osten / Die politische und wirtschaftliche Bilanz der drei Jahre. — 2. Der Kampf in Genua: Der neue bürgerliche Positivismus. — 3. Der Abwehrkampf Sowjetrußlands. — 4. Die Einheitsfront des Proletariats.

78 Seiten. Preis 7.— M. (Organisationsausgabe 3.— M.)

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt durch Verlag Carl Hoym Nachf. Louisa Cabanley, Hamburg

Noch können Sie günstig kaufen!

Preiserhöhung ab 6. Mai

Seit unserer letzten Preiserhöhung sindöhne und Gehälter ganz bedeutend gestiegen und noch ist kein Ende abzusehen; denn schon schwere Verhandlungen der Fabrikanten die Gläserpreise um weitere 25—30% zu erhöhen. Wir müssen also leider auch unsere Verkaufspreise hinaufsetzen. Doch wollen wir die erhöhten Preise erst am 6. Mai in Kraft treten lassen, bis dahin gelten noch unsere letzten billigen Preise. Wir machen unsere werte Kundenschaft darauf aufmerksam damit sie von dieser Vergünstigung Gebrauch machen kann.

Gläser Preise pro Paar:

jetzt	ab 6. Mai	
bi-Gläser	28.—	38.—
Optik-Gläser	36.—	48.—
Punktor-Gläser	48.—	68.—
Glasstop	60.—	80.—

Die Preise für Brillen, Kneifer und andere Artikel werden im ähnlichen Verhältnis erhöht.

34 Geschäfte in Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Köln, Magdeburg, Basel, Zürich

Optiker Ruhnke

- C Spittelmarkt 22a Wolke, Alexander-Platz u. Wäldgen, 85 gegenüb. Rathaus
- W Friedrich-Str. 193a, 85e Leipzigerstr., Leipziger Str. 113, 85e Markt-Str., Clusstr. 1 85e Potsdamer Str.
- SW Delfo-Bianco-Str. 4, nahe Dönhofs
- NW Friedrich-Str. 130, 85e Dorotheen-Str.
- N Chaussee-Str. 72, nahe Wälder-Str., Schönhauser Allee 81, am Ost. Vorplatz
- N Friedrich-Str. 108, 85e Siegl-Str.
- Janalden-Str. 164, 85e Brunnen-Str.
- Janalden-Str. 117, am Ostener Bkt.
- O Frankfurter Allee 14, nahe Klep.
- SO Oranien-Str. 44, zwischen Wörl, und Oranien-Platz
- S Rosbacher Damm 10, nahe Zandorf, Neudöb., Burg-Str. 4, 85e Riesen-Str., Friedenau, Behm-Str. 18, 85e Nord-Str.
- Charlottenburg: Isenbüchel-Str. 10, 85e Barbarer Str., Joachimsthaler Str. 2, nahe Bkt. Zoo, Schöneberg: Gump-Str. 31, 85e Wäldgen-Str., Wilmersdorf: Berliner Str. 113-115, nahe Wäldgen-Str., Spandau: Breite Str. 18, nahe Wörl



Das Aussterben der Naturvölker

Von Hans v. Doettiger

Mit der Ausbreitung der Kultur, besonders der europäischen, geht ein unaufhaltsames Zurückdrängen der ursprünglichen Natur Hand in Hand. Nicht nur die Verunstaltung des Landschaftsbildes durch Stauwerke, Elektrizitäts- und andere industrielle Anlagen, sondern auch die direkte oder indirekte Ausrottung von Pflanzen- und Tierarten, die sich den neuen Verhältnissen nicht anpassen können, sind Folgen der zunehmenden Kultur. — Ja, ganze Volksstämme, die früher sich eines blühenden Daseins erfreuen durften, begannen nach der Verührung mit den eindringenden Kulturvölkern offenbar dahinzusinken und zum Teil in auffallend kurzer Zeit geradezu auszusterben. Allerdings war da die weit rückständigste Ausbreitungs- und Eroberungslust gepaarte rohe Verfolgungswut, ja geradezu unmenschliche Ausrottungsgier der neuen Einwanderer mitschuldig.

Am bekanntesten sind wohl die traurigen Folgen der europäischen Kolonisation für die amerikanischen Indianer, insbesondere die Bewohner der Antillen. Durch das System der Repartimentos schonungslos ausgebeutet und mit Feuer und Schwert bekämpft, starb die Bevölkerung dahin; um die Mitte des 16. Jahrhunderts, 50 Jahre nach der Entdeckung Amerikas, gab es auf den Großen Antillen keine eingeborene Bevölkerung mehr. Die Indianer der Kleinen Antillen konnten sich bis ins 17. Jahrhundert halten. In Mittel- und Südamerika haben die Indianer überall an den Küsten und in Gegenden mit gesünderem Klima den eindringenden Europäern und später den Negern den Platz räumen müssen. In den unzugänglichen, feuerheißen Urwäldern Brasiliens haben sich allerdings bis heute noch reinblütige Indianerstämme erhalten. Anderwärts gehen die Reste der ursprünglichen Bevölkerung mehr oder weniger schnell in einer neuen Mischbevölkerung unter.

Im 19. Jahrhundert noch haben Schatzjäger und Goldsucher gegen die Dna in Feuerland einen schonungslosen Vernichtungskrieg geführt, auf sie richtig Jagd gemacht und sie fast ganz ausgerottet. In Nordamerika haben die Vertreter europäischer Kultur und Ziviltät gegen die einst zahlreichere Eingeborenenbevölkerung einen hartnäckigen Vernichtungskrieg geführt, der zur Ausrottung der Indianer in dem größten Teil von Nordamerika führte. Als sich endlich eine bessere Einsicht Bahn brach, konnten nur noch einige tausend Menschen in sogenannten Reservaten gerettet werden. Körperlich und moralisch geschwächt, gehen auch diese ihrem sicheren Ende entgegen.

Auch in Afrika begegnen wir aussterbenden Rassen. Die Bushmänner, jene zwerghaften, hellfarbigen Ureinwohner Afrikas, waren schon vor der Erschließung des Landes durch die Weißen von ihren kräftigen schwarzen Nachbarn an den Rand der trostlosen Wüste Kalahari gedrängt worden und mußten als Jäger und Sammler von Wurzeln und Wildmelonen ein trauriges Dasein fristen. Nun kamen die Weißen in erster Linie die Buren, mit ihren Feuerwaffen und verwandelten das ehemalige Wildparadies sehr bald in eine tierarme Einöde, dem eingeborenen Jäger so seinen wichtigsten Lebensunterhalt raubend. Aber nicht nur das! Es gehörte zu einem beliebigen Sport der Buren, in mondellen Nächten, wenn die Bushmänner ihre ekstatischen Tänze aufführten, sie zu umzingeln und einzeln, Männer, Frauen und Kinder, wie Fontänen wegzuschleichen. Es ist nur noch eine Frage von Jahren, wann dieses hochinteressante Volk verschwunden sein wird. Die Reste verkümmern ganz. v. Utschan hat 1905 in Britisch-Südafrika 41 Bushmänner gesehen und sie nach der Zahl ihrer Kinder gefragt. Sie waren alle kinderlos! —

Auch die Pottentotten, die sowohl zu den Bushmännern als auch zu den nordafrikanischen Hamiten Beziehungen aufweisen, gehen dem Erlöschen entgegen, indem ihre Reste sich

immer mehr mit Weißen und Negern vermischen und so als Rasse untergehen.

Vor unseren Augen gleichsam sind die Tasmanier ausgerottet worden. Tasmanien wurde zu Beginn des 19. Jahrhunderts auf 5000 Eingeborene geschätzt. 1854 waren es nur noch 16, 1865 starb der letzte männliche Vertreter, 1878 die letzte weibliche Angehörige dieses Volkes. Auch in Australien wurden die Eingeborenen von den englischen Ansiedlern verfolgt und vernichtet, wo man sie traf, ja es wurden Treibjagden auf sie, ähnlich wie auf die Bushmänner und Dna, abgehalten. Wenn sie auch jetzt nicht mehr niedergeschossen werden, so gehen ihre Reste doch an der Verührung mit der Kultur zugrunde. Alkohol, ansteckende Krankheiten aller Art, Opium und andere „Gaben der Kultur“ tun das ihre, um die körperliche und moralische Gesundheit und Widerstandsfähigkeit der Naturvölker zu untergraben. Auch die den körperlichen und klimatischen Anforderungen keineswegs entsprechende und daher ungesunde europäische Tracht, die den Eingeborenen von christlichen Missionaren aufgezwungen wird, trägt einen Teil der Schuld an dem Dahinsinken dieser Völker, zumal sie, wie vielfach beobachtet wurde, bei den unweisen Naturkindern nicht die Stillsicht fördert, sondern untergräbt.

Ganz ähnlicher Art sind die Hauptgründe für das bald schnellere, bald langsamere Aussterben der so überaus interessanten und zum Teil so sympathischen Völker der Südsee. Die Maori Neuseelands, die Hawaianer, Samoaner u. a. mehr, gehen unaufhaltsam ihrem Erlöschen entgegen.

In Südafrika sehen wir verschiedene Naturvölker bereits vor dem Eindringen der Europäer von Völkern höherer Kultur, wie den Indern, Malaien, Chinesen in die unzugänglichen Gebirge zurückgedrängt und zu einem kümmerlichen Dasein verurteilt, soweit sie nicht in den neuen Rassen aufgehen und so als Volk erlöschen. Solche Reste einstmal wohl weit verbreiteter Völker sind u. a. auf Ceylon die Bedda, von denen es 1850 noch 8000, 1891 nur noch 1229 Köpfe gab, in Vorderindien die Toda und andere Stämme, die man als Nunda-Roh zusammenfaßt, ferner in Hinterindien und der südostasiatischen Inselwelt die zwerghaften Negritos mit den Andamanesen, Semang-Sakai von der Malakka-Halbinsel und den Aeta von den Philippinen und die sogenannten Australo-Indoaustralier, zu denen man die Dajak, Battak u. a. von den Sundainseln rechnen kann. Auch die Aino, die ursprünglichen Bewohner der japanischen Inselwelt, sind von den jetzigen Herren der Inseln, den Japanern, verdrängt und bewohnen nur noch die nördlichsten Inseln, Jesso und Sachalin, wo sie ihrem endgültigen Erlöschen entgegengehen. Ebenso verringert sich die Kopfzahl der meisten sibirischen Naturvölker, an und für sich wohl schon von jeher nicht sehr zahlreich, ziemlich schnell. So zählten die Jenisseer 1897 noch 994, 1909 nur etwa 700 Köpfe; die Jakutier und Tschuwanen wurden um 1850 auf zusammen 2000 geschätzt, 1897 waren es insgesamt nur noch 506. Auch die Ostjaken nehmen ständig ab, während man dies von den Tschutschen, Jakuten und Tungusen allerdings nicht sagen kann; Dagegen gehen die Aluten, die Bewohner der kleinen Inseln, die Sibirien mit Nordamerika verbinden, der Zahl nach beständig zurück, und die Itelmen Kamtschatkas erleiden dasselbe Schicksal.

Überall auf der Erde können wir beobachten, wie die auf einer niedrigeren Kulturstufe befindlichen Volksstämme vor dem Ansturm höherstehender zurückweichen. Nur selten zeigen sie sich befähigt, sich einer fremden, höheren Kultur anzupassen, am wenigsten dann, wenn der Unterschied sehr groß ist und die höhere Kultur plötzlich an ein Naturvolk herantritt. Nur zwei große Rassegruppen scheinen, zum Teil jedenfalls wegen der verhältnismäßig hohen Stellung ihrer Kultur, widerstandsfähiger zu sein, die Mongolen und die Negern. Ihre Kultur jedoch wird aller Wahrscheinlichkeit nach von der europäischen immer mehr beeinflusst und ausgeglichen werden. Auch läßt sich an verschiedenen Punkten der Erde eine immer weiter zunehmende Vermischung der

drei Hauptmenschengruppen, der schwarzen, der gelben und der weißen, feststellen, wie die sogenannten Hamiten in Nordafrika, die Turanier in Ostasien und Westasien, die Malaien u. a. Mischvölker beweisen. Und so kann man nicht leugnen, daß vielleicht im Laufe der Jahre tausende oder besser wohl Jahrmillionen eine einheitliche Mischrasse die ganze Welt bevölkern wird. Vielleicht! Wer kann in die Zukunft schauen?

Musikeropfertag

Ein Opfertag der Musiker zur Beschaffung von Mitteln für eine sach- und sachgemäße Heranbildung des Musikernachwuchses ist geplant. Es gilt der Umgestaltung des Musiklehrewesens überhaupt. An Stelle der bisherigen Ausbildung in Musik-Gewerbebetrieben soll die schulgemäße Ausbildung treten. Die jungen Leute, welche sich der Musik widmen wollen, welche Musiker werden wollen, sollen dieses Ziel ohne gleichzeitige Besorgung jedweder häuslichen Arbeit für ihren Lehrern und ohne andauernd gewerbliche Nacharbeit erreichen können. Das bisherige System hat dazu geführt, daß Tausende entweder ganz auf der Strecke geblieben sind oder ihr Ziel erst nach Beendigung der eigenhändigen jahrelangen Lehrzeit nur unter unfähigen Mähen erreichen konnten. Die bisherige Musikausbildung war also eine zum größten Teil völlig ungenügende, zum kleinsten Teil eine nur wenig befriedigende.

Schon allein die rein technische Bewältigung der heute dem Musiker gestellten Aufgaben verlangt gebieterisch eine ganz andere Vor- und Ausbildung. Sie soll ihn durch die von der Musikerschaft bzw. ihrer Organisation dem Deutschen Musikerverband selbst in die Hand genommene gänzliche Umgestaltung des Lehrwesens geboten werden. Auch die hierzu nötigen Geldmittel will die Musikerschaft selbst ausbringen. Sie wird ihre Kunst in den Dienst der für sie heiligsten Sache stellen. Durch ganz Deutschland geht die Parole: „Die Kunst für die Kunst.“ Ein Opfertag der Musiker für den Musikernachwuchs.

Auch die Berliner Musikerschaft hat sich diese Parole zu eigen gemacht. Sie tritt für den Musiktage mit folgenden Veranstaltungen auf den Plan: Sonnabend, den 20. April, vormittags 11½ Uhr, in der Staatsoper Sonderkonzert der Staatskapelle unter Leitung von Wilhelm Furtwängler. — Am gleichen Tage abends 11½ Uhr ein Nachfest unter Mitwirkung der namhaftesten Künstler und Künstlerinnen im Kinopalast Alhambra am Kurfürstendamm. — Sonntag, den 20. April, vormittags 11½ Uhr, im Ufa-Palast am Zoo Matinee des Ufa-Sinfonie-Orchesters unter Mitwirkung hervorragender Solisten. Dirigent: Hermann Eckerchen. Weiter findet am Dienstag, den 2. Mai, in sämtlichen Gaststätten Groß-Berlins der Opfertag der Ensemblemusiker statt. Auch hier sollen in allen Fällen besondere künstlerische Leistungen geboten werden. In Aussicht steht schließlich noch ein Sonderkonzert des Deutschen Opernhaus-Orchesters.

Dieses Programm läßt un schwer erkennen, daß die Berliner Musikerschaft in all ihren Teilen für ihren Opfertag eintritt. Sache des Publikums wird es nun sein müssen, die Musiker bei ihrem Vorhaben nicht im Stich zu lassen, sondern durch einen recht regen Besuch dieser Veranstaltungen mit dazu beizutragen, daß auch der geldliche Erfolg hier nicht ausbleibt. Der Plan der Musikerschaft ist von außerordentlich hoher kultureller und sozialer Bedeutung und deshalb weitgehendster Unterstützung wert.

Der letzte Wille des Freidenkers. Allerlei ungewöhnliche wenn auch nicht gerade geschmackvolle Bestimmungen enthält das Testament eines kürzlich in Rauscher verstorbenen Lehrers. Die Leiche soll nicht auf einem Leichenwagen, sondern auf irgend einem anderen Gefährt oder sonst auf möglichst billige Weise zum Krematorium gebracht werden. Niemand soll bei der Bestattung seine Zeit verlieren. Die Asche möge man einem Kartoffelacker zuführen. Die hinterlassenen Kleider sollen Bedürftige erhalten, wobei Aristokratie, Nichtraucher und Ungläubige zu bevorzugen sind.

Unter fremden Menschen

Von Ragim Gorzi.

Original autorisierter Übersetzung von August Scholz, Amerikanisches Copyright 1918 by Ullstein & Co., Berlin

(64. Fortsetzung.)

Ich war im stillen dankbar, daß er so menschlich mit mir sprach. In Hause wurde ich empfangen, als wenn ich Namenstag hätte. Die Damen ließen sich ganz ausführlich erzählen, wie es im Krankenhaus hergegangen, und was der Doktor gesagt hätte. Mein Bericht schien sie sehr zu interessieren, und ganz besonders zufrieden waren sie damit, daß ich keine Beschwerde hatte einreichen wollen. Zum Lohn dafür erbat ich mir die Erlaubnis, von der Zuschneidersfrau Bücher zu leihen. Die Alte rief zwar verwundert: „Nein, so ein Teufelskerl!“ — doch wagte sie schließlich nicht, mir die Bitte abzuschlagen.

Am nächsten Tage schon sprach ich bei der kleinen Dame vor, und nun las ich bunt durcheinander die dicken Bücher von Dumas dem Älteren, Ponson du Terrail, Montépin, Gaboriau, Aimard und verwandten Autoren. Band nach Band verschlang ich, und mir ward dabei wohl zumute. Ich lebte ganz in der fremdartigen Welt, die da geschildert wurde — sie beschäftigte meine Einbildungskraft aufs lebhafteste und hielt mich fest in ihrem Banne. Die schlechte Beleuchtung greift meine Augen an, und unsere Alte warnt mich vor der Erblindung, doch das beeinträchtigt meinen Lesesifer nicht im geringsten, jede Nacht findet mich wieder bei diesen handlungsreichen und spannenden Büchern.

Sehr bald jedoch kam ich dahinter, daß in allen diesen Büchern, trotz der abwechslungsreichen Handlung und der Verschiedenartigkeit des Schauplatzes, es sich stets um ein und dasselbe handelt: Die guten Menschen sind unglücklich und werden von den bösen verfolgt, die Bösen sind stets schlauer und erfolgreicher als die Guten — bis eine geheimnisvolle Macht die Bösen überwindet und den Guten zum Siege verhilft. Auch der „Liebe“, von der alle Männer und Frauen mit denselben einförmigen Worten reden, wurde ich

bald überdrüssig. Schon nach den ersten Seiten erriet ich oft, wer unterliegen und wer siegen wird. Die Phantasie arbeitet lebhaft mit, um den künstlich geschürzten Knoten der Handlung lösen zu helfen, und das Ganze stellt sich als eine Art arithmetischer Aufgabe dar, deren Auflösung mir immer häufiger gelingt. Dahinter sehe ich allerdings auch noch etwas anderes. Es entgeht mir nicht, daß die Arbeiter, die Arbeiter, die Soldaten und das sonstige einfache Volk in Paris von anderer Art ist als in Nischni-Nowgorod, in Kasan und Perm, daß sie mit den Angehörigen der oberen Stände, dort, im Ausland, freier und selbstbewußter sprechen als bei uns zuhause. Hier, in diesem Bande, wird ein Soldat geschildert, — er hat weder mit Sidorow noch mit Zernowin oder dem Trainsoldaten auf dem Dampfer etwas gemein, höchstens an Smurny erinnert er mich, doch ist er nicht so brutal und grob wie dieser. Der Krämer in dem Buche gefällt mir weit besser als alle Krämer, die ich kenne, die Priester verhalten sich gegen die Menschen herzlicher und teilnehmender als die Priester meiner Bekanntschaft. Ueberhaupt ist das Leben dort, jenseits der Grenze, nach der Schilderung der Bücher in jeder Hinsicht interessanter, leichter und besser als das Leben, das ich vor Augen habe: Man prügelt sich dort nicht so oft und so roh, man kennt dort nicht diese grausame Verhöhnung des Menschen, wie sie der kleine Soldat aus Bjaika von den Dampferpassagieren erfahren mußte, und man sendet zu Gott keine so wüsten Gebete empur, wie sie unsere Alte jeden Abend zu sprechen pflegt. Selbst die Bösewichter in den Büchern scheinen mir erträglich und in ihren inneren Beweggründen verständlich, sie haben nichts von dieser sinnlosen Härte, dieser Lust am Bösen an sich, die ich in der mich umgebenden Welt oft beobachtet habe. Mit jedem neuen Buche sprang der Unterschied zwischen dem russischen Leben und dem Leben der andern Länder deutlicher in die Augen, und das weckte, neben einem unbestimmten Aerger, meinen Widerspruch und meinen Zweifel an der Wichtigkeit der Darstellung dieser vergilbten, abgegriffenen Bücher.

Da fielen mir eines Tages die „Brüder Zenganno“ der beiden Goncourts in die Hände. Ich las den Roman in einem Zuge, während einer einzigen Nacht, und ein neuartiges, noch nie vorher empfundenes Gefühl trieb mich an, diese schlichte, traurige Geschichte noch einmal von vorn zu beginnen. Sie hatte keinen künstlich geschürzten Knoten, nichts äußerlich Spannendes, sondern war gleich von der ersten Seite an nichts weiter als eine ernste, trodene Erzählung, die mich an die Helliglegenden erinnerte. Ich war zuerst verwundert über die nüchternen wahren, jede Zutat vermeidende Sprache des Buches. Doch diese fargen Worte nahmen mein Herz gefangen und erzählten ihm das Drama der beiden Akrobatengründer mit solcher Eindringlichkeit, daß in der Fremde dieses ungewohnten Genusses meine Hände zitterten. Ich schluchzte laut auf, als ich las, wie der unglückliche Artist mit den gebrochenen Beinen auf den Boden kroch, wo sein Bruder sich heimlich in der geliebten Kunst übte.

Ich brachte das köstliche Buch der Frau des Zuschneiders zurück und bat sie, mir ein weiteres Buch dieser Art zu geben.

„Welcher Art denn?“ fragte sie lächelnd.

Ihr Lächeln verwirrte mich, und ich vermochte ihr nicht zu erklären, was ich meinte.

„Das ist doch ein langweiliges Buch!“ sagte sie. „Wart, ich werde dir ein anderes geben, das viel interessanter ist.“

Sie gab mir Greenwoods „Wahrhafte Geschichte eines kleinen Betteljungen“ — der Titel gab mir einen leisen Stich, aber schon die erste Seite ließ mich vor Entzücken lächeln, und dieses Lächeln verließ mich nicht mehr, bis ich das ganze Buch zu Ende gelesen hatte. Manche Seite war so köstlich schön, daß ich sie zwei- und selbst dreimal hintereinander las.

So hart und grausam saß also auch dort, im Auslande, das Leben zuweilen die kleinen Jungen an! Nun, mir ging es so übel noch nicht — ich hatte also keinen Grund zum Verzweifeln.

(Fortsetzung folgt.)

Zinkwannen
m. Holzbohlen 395⁰⁰ 485⁰⁰

Wirtschaftsartikel

Zinkober
m. Holzbohlen 350⁰⁰ 550⁰⁰

Emaillé
Kasserollen.. 20⁰⁰ 24⁰⁰ 30⁰⁰
Milchtöpfe
mit Anaguss, weiss..... 22⁰⁰ 30⁰⁰
Kaffeekannen weiss 31⁰⁰ 39⁰⁰
Waschbecken dek., Porzell.-Form 150⁰⁰
Wasserkannen..... 75⁰⁰
Eimer ca. 28 cm..... 29⁵⁰

Gartengeräte
Gliesskannen lackiert 75⁰⁰ 80⁰⁰
Gliesskannen verlackt..... 90⁰⁰
Blumenspritzten..... 8⁰⁰ 25⁰⁰
Gartenschlauch 1/2" 39⁵⁰ 70⁰⁰
Gärtnerspaten..... 22⁵⁰
Rosenscheren von 23⁷⁵ bis 46⁰⁰

Wirtschaftsartikel
Wandkaffeemöhlen 137⁵⁰
Brotbüchsen fein 135⁰⁰ 175⁰⁰
Brotkörbe 32⁵⁰ 35⁰⁰ 41⁵⁰
Mörser eternes..... 9⁷⁵ 11⁵⁰
Waschständer..... 27⁵⁰
Gazeglocken... 8⁷⁵ 10⁵⁰ 13⁰⁰
Volksbadewannen.. 675⁰⁰
Waschmaschinen 1050⁰⁰
Waschlöpfe ohne Ring... 165⁰⁰ 182⁵⁰ mit Ring 100⁰⁰ 175⁰⁰
Besteckkasten... 9⁰⁰ 10⁵⁰
Tabletts mit Einlage... 39⁵⁰ 47⁵⁰

Gartengeräte
Baumsägen..... 12⁵⁰ 20⁰⁰
Eis.Harken 12⁵⁰ 14⁵⁰
Sicheln..... 13⁵⁰
Pflanzhölzer..... 12⁵⁰
Hacken..... 10⁵⁰ 34⁰⁰
Gurkenhacken..... 11⁵⁰

Aluminium
Kocher für Wand... mit 1 Topf 132⁵⁰ mit 2 Töpfen 165⁰⁰
Kasserollen.. 32⁵⁰ 36⁷⁵ 43⁵⁰
Pfannen..... 47⁵⁰ 60⁰⁰ 68⁵⁰
Schmortöpfe... 320⁰⁰ 450⁰⁰
Teller..... 15⁰⁰ 16⁰⁰
Trinkbecher..... 11⁷⁵

Stahlwaren
Eierlöffel..... 6⁵⁰
Eierschneider..... 32⁵⁰
Gemüseschneider 12⁷⁵ 14⁵⁰
Esslöffel Aluminium 2²⁵ 3⁷⁵ 4⁵⁰
Kaffeelöffel..... 1⁴⁵ 1⁷⁵ 2⁷⁵
Gemüselöffel..... 8⁵⁰

Blumenkasten
40 cm 50 cm 60 cm 80 cm 100 cm
19⁵⁰ 22⁰⁰ 24⁰⁰ 29⁵⁰ 33⁰⁰

Gartenspaten 16⁵⁰
mit Stiel.....

Blumenbretter 48⁵⁰
Feldflaschen 9⁷⁵
mit Bezug.....

Bürstenwaren
Rosshaarbesen 46⁵⁰ 52⁵⁰
Rosshaarhandfeger 25⁰⁰
Schrubber..... 8⁷⁵ 12⁵⁰
Scheuerbürsten... 3²⁵ 8⁵⁰
Lederschwämme..... 4⁷⁵
Hand-Waschbürsten... 1⁵⁰

Gaskocher 145⁰⁰
2-flammig.....

Eisschränke mit Zink- und Glaselinge in grosser Auswahl

Glas
Garnitur „Eisenbeß“
Kompottschüsseln 4⁷⁵ 18⁰⁰
Kompotteller..... 4⁷⁵
Kuchenteller..... 28⁵⁰
Butterdosen..... 27⁵⁰
Käseglocken..... 45⁰⁰
Tabletts..... 17⁵⁰

Mit kleinen Fehlern
Terrinen Steingut..... 18⁰⁰
Kartoffelschüsseln... 13⁵⁰
Saucieren Steingut..... 10⁵⁰
Bratenplatten Steingut... 9⁷⁵
Compots Steingut..... 9²⁵
Tortenplatten Steingut... 38⁵⁰
Satz Salats Steingut, 6stellig 24⁵⁰

Waschgarnit. Gold 95⁰⁰ 225⁰⁰
Waschbecken Steingut 21⁵⁰ 48⁵⁰
Waschkübel Steingut 21⁵⁰ 48⁵⁰
Toiletteneimer mit Einlage 85⁰⁰
Vorratsstollen Steingut... 6⁷⁵
Gewürzstollen Steingut... 2⁹⁰
Flaschen 2⁰⁰ Meston Steingut 18⁷⁵

Kaffeesevice 5stellig Porzellan 68⁵⁰
Kaffeesevice 3stellig Porzellan 195⁰⁰
Tafelset 25stellig Porzellan weiss 950⁰⁰
Abendbrotsteller weiss Porzellan 6⁷⁵
Milchtöpfe weiss Porzellan 119 1⁴⁵
Zuckerdosen Porzellan 2⁷⁵ 3⁶⁵
Tassen weiss Porzellan... 2⁶⁵ 3⁷⁵

Glas
Bierbecher glatt..... 4⁷⁵
Portweingläser glatt..... 5⁷⁵
Aschbecher..... 4⁷⁵
Zitronenpressen..... 3⁴⁵
Wassergläser glatt..... 2⁶⁵
Kompotteller gepresst..... 2⁹⁵

Speiseteller 2⁷⁵
Steingut, weiss.....
Speiseteller 4⁷⁵
Steingut, blau.....

Lepziger Str.
Alexanderplatz
Frankfurter
Allee

Steingut & Porzellan



Lepziger Str.
Alexanderplatz
Frankfurter
Allee

Abendbrotsteller 2⁴⁵
Steingut, sortiert.....
Kumpen 6⁵⁰ 16⁵⁰
Steingut, braun.....

Brautleute wollen!
Elegante fugenlos
Trauringe
nicht aus dem sogenannten Spezialgold, welches unter anderem alle möglichen Legierungen, wie Silber und Goldwäsen, Silber, oder gar alles Gold usw. aufweist, sondern aus einem Spezialbeschalt, welches ausschließlich nur Trauringe fabriziert und an Private liefert.
In Deutschland stehen wir als solches konkurrenzlos da und liefern eigene Erzeugnisse in echt Gold von **120.- Mark** anwärts bis zu den feinsten Ausführungen, in großer Anzahl, direkt vom Lager.
Beauftragung ohne Kaufvertrag verbeten.
Ausführliche Preisliste gegen Rückporto versandt nach auswärts gegen Vorzahlung des Betrages!
Trauringabrik G. Albert Thal,
C 19, Seydelstraße 5 (Spittelmarkt).

Wichtige Neuerscheinungen des Verlages der Kommunistischen Internationale

Kommunistische Internationale, Organ des Exekutivkomitees der K. Nr. 20 des III. Jahresganges.
Die Taktik der Kommunistischen Internationale gegen die Offensive des Kapitals. (Bericht über die Konferenz der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, vom 24. Februar bis 4. März 1922). Preis M. 30.— (Organisationsausgabe M. 15.—).
In rascher Folge erscheinen:
L. TROZKI: Georgien. / Zwischen Imperialismus und Revolution (Die Grundfragen der Revolution an dem Einzelbeispiel Georgiens).
L. TROZKI: Die Fragen der Arbeiterbewegung in Frankreich und die Kommunistische Internationale (Zwei Reden, gehalten auf der Konferenz der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale).
CLARA ZETKIN: Der Kampf der kommunistischen Parteien gegen Kriegsgeld und Krieg (Bericht auf der Konferenz der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale).
Bereits erschienen:
N. BUCHARIN: Ökonomik der Transformationsperiode. Preis geb. M. 60.—, brosch. M. 45.— (Organisationsausgabe geb. M. 30.—, brosch. M. 20.—).
E. VARGA: Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft (Zweite vermehrte Auflage). Preis M. 20.—, geb. M. 30.— (Organisationsausgabe M. 12.—, geb. M. 20.—).
JOHN REED: Zehn Tage, die die Welt erschütterten. Preis M. 32.—, geb. M. 45.— (Organisationsausgabe M. 20.—, geb. M. 30.—).
N. LENIN und G. SINOWJEW: Gegen den Sirom (Aufsätze aus den Jahren 1914 bis 1917). Preis gebunden. M. 80.—, brosch. M. 50.— (Organisationsausgabe geb. M. 45.—, brosch. 30.—).
M. PHILIPS PRICE: Die russische Revolution. Erinnerungen aus den Jahren 1917 bis 1919. Preis geb. M. 50.—, brosch. M. 44.— (Organisationsausgabe gebunden M. 35.—, brosch. M. 18.—).
KARL RADEK: Wege der russischen Revolution. Preis M. 5.— (Organisationsausgabe M. 4.50).
KARL RADEK: Genau, die Einheitsfront des Proletariats und die Kommunistische Internationale. Preis M. 7.— (Organisationsausgabe M. 3.—).
L. TROZKI: Die Rote Armee der Sowjetrepublik auf der Wacht (Rede auf dem IX. Sowjetkongress in Moskau). Preis M. 10.— (Organisationsausgabe M. 5.—).
G. Sinowjew: Die Kommunistische Internationale und die proletarische Einheitsfront (Rede, gehalten in der Konferenz der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale). Preis M. 7.— (Organisationsausgabe M. 3.—).
A. WARSKI: Rosa Luxemburgs Stellung zu den taktischen Problemen der Revolution. Preis M. 4.— (Organisationsausgabe M. 2.—).
E. VARGA: Die Lage der Weltwirtschaft u. der Gang der Wirtschaftspolitik in den letzten drei Jahren. Preis M. 4.— (Organisationsausgabe M. 2.50).
Die Kommunistische Internationale. Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Nr. 19 mit Beiträgen von Karl Bremer, L. Trozki, N. Lenin, G. Sinowjew, M. Borodin, Fritz Heckert, J. Carr, E. Pawlowski, Wilhelm Pieck, E. Varga, J. Humbert-Droz, M. N. Roy, S. Gussew, A. Kollontaj, A. Lunatschski u. a.
Zu beziehen durch:

Verlag Carl Hoym Nachf., Louis Cahnbley, Hamburg
sowie durch sämtliche Buchhandlungen und Organisationen der K. P. D.

WANDERKARTEN
für alle Gegenden erhält man in der Buchhandlg. „Freiheit“, Breite Str. 8-9

Kleine Anzeigen

Das Ide Schriftwort 2.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.25 M. netto. Stellengefüge: Über Schriftwort 2.—, jed. weitere Wort 1.50 M.

Berläufe
Gardinen.
Gute feine Gardinen und fertige Gardinen-Installationen, haben bedeutend billiger als überall. Einige Beispiele: Rollgardinen, bestellbar, selbst anzubringen, preiswert, leicht, modern, samt Garnitur 90.—, 110.—, 125.— bis 400.—, 450.—, 500.—, 600.—, 700.—, 800.—, 900.—, 1000.—, 1100.—, 1200.—, 1300.—, 1400.—, 1500.—, 1600.—, 1700.—, 1800.—, 1900.—, 2000.—, 2100.—, 2200.—, 2300.—, 2400.—, 2500.—, 2600.—, 2700.—, 2800.—, 2900.—, 3000.—, 3100.—, 3200.—, 3300.—, 3400.—, 3500.—, 3600.—, 3700.—, 3800.—, 3900.—, 4000.—, 4100.—, 4200.—, 4300.—, 4400.—, 4500.—, 4600.—, 4700.—, 4800.—, 4900.—, 5000.—, 5100.—, 5200.—, 5300.—, 5400.—, 5500.—, 5600.—, 5700.—, 5800.—, 5900.—, 6000.—, 6100.—, 6200.—, 6300.—, 6400.—, 6500.—, 6600.—, 6700.—, 6800.—, 6900.—, 7000.—, 7100.—, 7200.—, 7300.—, 7400.—, 7500.—, 7600.—, 7700.—, 7800.—, 7900.—, 8000.—, 8100.—, 8200.—, 8300.—, 8400.—, 8500.—, 8600.—, 8700.—, 8800.—, 8900.—, 9000.—, 9100.—, 9200.—, 9300.—, 9400.—, 9500.—, 9600.—, 9700.—, 9800.—, 9900.—, 10000.—

Frauenmode
Kleidstoffe, Stoffe, Garnituren, Accessoires, etc.

Möbel
Stühle, Tische, Kisten, etc.

Kaufgefuche
Kaufgefuche, etc.

Fahrräder
Fahrräder, etc.

Unterricht
Unterricht, etc.

Werkzeuge u. Maschinen
Werkzeuge, Maschinen, etc.

Arbeitsmarkt
Arbeitsmarkt, etc.

Vermietungen
Vermietungen, etc.

Verschiedenes
Verschiedenes, etc.